

Inhaltsverzeichnis

ERÖFFNUNG DER KONFERENZ	3
Piotr Krzystek	
Stadtpräsident von Stettin.....	3
Dennis Gutgesell	
Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Landrates des Landkreises Uecker-Randow.....	5
Kjell-Åke Persson	
Vorstandsmitglied des Gemeindeverbands Schonen	7
LEITREFERATE	9
Jose Antonio Ruiz de Casas	
Die Europäische Kommission, DG Regio - Territoriale Zusammenarbeit	
<i>EVTZ und die strategische Rolle der europäischen Zusammenarbeit</i>	9
Dr. Martin Niedermeyer	
Ministerium für Inneres und Europaangelegenheiten des Saarlandes	
<i>Chancen, Möglichkeiten und verschiedene Kooperationsebenen im Rahmen des Europäischen Verbunds für Territoriale Zusammenarbeit</i>	13
Przemysław Gembiak	
Vertreter des Departements für Strategie und Planung im Außenministerium	
<i>Ansichten zu formal-rechtlichen Voraussetzungen für die Gründung eines Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit auf der Grundlage der EU- und nationalen Gesetzgebung</i>	17
Andreas Petters	
Leiter der Verwaltungsbehörde Interreg IV A, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern	17
Stig Ålund	
Direktor des Gemeindeverbands Schonen	23
BEST PRACTICE	26
Pascale Simon-Studer	
Referentin von Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau	
<i>Das deutsch-französische Grenzgebiet</i>	26

Stef Geert Vande Meulebroucke Generaldirektor der Eurometropole Lille-Kortrijk-Tournai <i>Das französisch-belgische Grenzgebiet</i>	29
Martine Kirchhoff <i>Das deutsch-französisch-luxemburgische Grenzgebiet: Großregion/Grande Région</i>	32
GRÜNDUNGSKONZEPTE EINES EVTZ AUF DEM GEBIET DER EUROREGION	
POMERANIA	34
Piotr Krzystek <i>Metropolitane Dimension des EVTZ</i>	34
Paweł Bartnik Direktor des Vereins der Polnischen Gemeinden der Euroregion Pomerania <i>Euroregionale Dimension des EVTZ</i>	38
Peter Heise Geschäftsführer der Kommunalgemeinschaft Europaregion Pomerania e.V.....	40
DIE PODIUMSDISKUSSION I: METROPOLITANE DIMENSION DES EVTZ	43
DIE PODIUMSDISKUSSION II: DIE EUROREGIONALE DIMENSION DES EVTZ	50
VERORDNUNG (EG) Nr. 1082/2006 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ)	58

ERÖFFNUNG DER KONFERENZ

Piotr Krzystek Stadtpräsident von Stettin

Der Stadtpräsident begrüßte die Landkreis- und Regionalregierungsvertreter, sowohl diese aus Polen als auch aus Deutschland. Seine Begrüßungsworte richtete er an alle, die sich an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beteiligen, insbesondere an die Vertreter der Europäischen Kommission und verschiedener grenzüberschreitender Gebiete der Union, die von ihren Erfahrungen in dieser Materie erzählen werden. Er äußerte auch seine Befriedigung über die Anwesenheit der schwedischen Partner und betonte, dass das eine sehr wichtige Richtung für Stettin ist. Sie veranschaulicht nämlich, dass es sich hier nicht nur um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den deutschen Partnern handelt, sondern auch mit den schwedischen. Ihre Anwesenheit deutet auf das Interesse an dieser Thematik auch auf der anderen Seite der Ostsee hin.

Der Stadtpräsident Krzystek betonte, dass das Ziel der Konferenz immer dasselbe bleibt: Meinungs-austausch über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Suche nach neuen Räumen dieser Zusammenarbeit und Analyse der hier verlaufenden Prozesse. Die Erfahrung in der Zusammenarbeit im Grenzgebiet lässt verstehen, was sich hinter dem Begriff „Grenzüberschreitung“ verbirgt. Der Stadtpräsident betonte, dass man in vielen Fällen nicht zwischen der grenzüberschreitenden und der internationalen Zusammenarbeit unterscheidet, obwohl das zwei verschiedene Fragen sind, die anders betrachtet werden sollen.

Er betonte die besondere Zeit, in der die Konferenz organisiert wird, weil auf das Jahr 2010 ein paar Jahrestage fällt: das 60-jährige Jubiläum der Unterzeichnung des Görlitzer Abkommens, das das erste die deutsch-polnischen Beziehungen im Grenzgebiet normalisierende Abkommen war; das 40-jährige Jubiläum der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen – ein Vertrag, der während des berühmten Besuchs des Bundeskanzlers Willi Brandt in Warschau unterschrieben wurde; das 20-jährige Jubiläum der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Grenzvertrags. 2011 werden wir 20 Jahre des deutsch-polnischen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit feiern und noch für

2010 werden Feierlichkeiten anlässlich des 15-jährigen Jubiläums der Euroregion Pomerania geplant.

Alle diese Dokumente und Ereignisse beeinflussten wesentlich die Beziehungen im deutsch-polnischen Grenzgebiet. Der Stadtpräsident äußerte sich besonders zu der im Rahmen der Euroregion Pomerania realisierten Zusammenarbeit, weil die 15-jährige Erfahrung eine ungewöhnlich gute Lehre der gegenseitigen Zusammenarbeit war. Sie zeigte, wie man Probleme gemeinsam löst und mehr raffinierte Formen findet, die erlauben, noch besser diese Zusammenarbeit gemäß den Richtlinien der Europäischen Union zu erfüllen. Die heutige Konferenz soll dafür ein Beispiel sein.

Der Stadtpräsident Krzystek betonte, dass er das Projekt des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit als ein neues Modell der Kooperation betrachtet. Das Projekt soll helfen, Barrieren zu beseitigen und das Wichtigste in der EU zu zeigen, also gute Zusammenarbeit der Nachbarländer und die Bildung des gemeinsamen Raumes für die Einwohner auf beiden Seiten der Grenze.

Die Frage, ob es gelingt, das zu machen, bleibt offen. Der Stadtpräsident äußerte aber die Überzeugung, dass für alle, die zur Konferenz kamen, dieses Thema wichtig ist, dass das uns helfen kann, dass das Denken in solchen Kategorien und die Nutzung der von der EU gezeigten Instrumente einen Effekt der Synergie geben kann, also etwas, was ein Mehrwert dieser Zusammenarbeit sein wird.

In seiner Rede betonte er, dass Stettin im Vergleich zu der Hauptstadt Polens in der Peripherie liegt. Zweifellos ist das ein großes Minus, das zur Suche nach neuen Werten in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bewegt, damit man die ungünstige geographische Lage der Stadt kompensieren kann. Die Tatsache, dass Stettin ein kürzerer Weg mit drei verschiedenen europäischen Hauptstädten als mit Warschau verbindet, veranschaulicht das am besten.

Der Stadtpräsident betonte mit Nachdruck die Notwendigkeit der Zusammenarbeit auf dem bürgerlichen Niveau und der starken Einbeziehung der Einwohner in diese Zusammenarbeit. Als Beispiel für solches Handeln wies er auf Bewerbung Stettins um den Titel „Kulturhauptstadt Europa 2016“ hin. Indem er allen dankte, die sich in dieses Projekt einbezogen haben, auch den Organisationen und Ämtern auf der deutschen Seite, wies er auf die Bedeutung und langfristige Ergebnisse der Initiative in Form der zahlreichen Partnerschaften und Projekte hin, die zweifellos positiv das Spektrum und die Qualität der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Zukunft beeinflussen werden. Piotr

Krzystek äußerte auch die Überzeugung, dass der Kulturraum eins der wichtigsten Elemente des grenzüberschreitenden Metropolgebiets bildet. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass etwa 1/3 der angemeldeten Projekte, die den Antrag Stettins gebildet haben, deutsch-polnische Projekte waren.

Indem er an die Thematik der Konferenz anknüpfte, die sich auf den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit konzentriert, äußerte er die Hoffnung, dass es gelingt, gemeinsam dem Handeln entsprechende Richtung zu geben, obwohl es immer weniger Zeit für den Vollzug verbindlicher Richtlinien gibt. Durch die Diskussionen über den EVTZ will sich Stettin gemeinsam mit seinen Partnern in die Debatte einbeziehen, die in der Europäischen Union um die Zukunft der Kohärenzpolitik herum geführt wird. Insbesondere betrifft das ihre Form in der neuen Programmierungszeit und Projekte, die realisiert werden sollen. Der Stadtpräsident stellte fest, dass die gemeinsame Stimme in dieser Sache sehr wichtig ist aber noch wichtiger ist der Versuch der Ausarbeitung einer gemeinsamen Stellung. Er betonte, dass dafür eigentlich nur das Jahr 2011 bleibt. Bis Ende dieses Jahres sollen alle wichtigsten Entscheidungen getroffen werden und diese Konferenz ist ein großer Schritt in dieser Richtung.

Seine Rede abschließend, wandte sich der Stadtpräsident an die beiden Direktoren der Euroregion Pomerania und betonte ihre Rolle und den Einsatz in weitere Richtlinien. Indem er ihre Reden ansagte, in denen sie Lösungen für diese Zusammenarbeit präsentieren sollten, äußerte er die Hoffnung, dass es dank ihrem Engagement gelingt, wirksam das Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, also den EVTZ, zu nutzen. In dem er den Gästen für ihre Ankunft und den Mitorganisatoren für die Hilfe bei der Organisation der Konferenz dankte, wünschte er eine erfolgreiche Debatte.

Dennis Gutgesell
Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Landrates des Landkreises Uecker-Randow

Zu Beginn erinnerte Herr Gutgesell an den EU-Beitritt Polens im Jahr 2004 und den Beitritt zum Schengener Abkommen im Jahr 2007, seitdem im deutsch-polnischen Grenzgebiet de facto offene Grenzen gelten. Seit dieser Zeit wurden viele interessante Initiativen realisiert, viele zwischenmenschliche Beziehungen haben sich entwickelt und die Euroregion POMERANIA trug zur Realisierung mehrerer interessanter Projekte bei. Die Festigung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ermöglichte u. a. der von der IHK zu

Neubrandenburg organisierte Deutsch-Polnische Wirtschaftskreis. Im Deutsch-Polnischen Gymnasium in Löcknitz hat man mit dem Gedanken an die zukünftigen Beziehungen deutsch-polnische Klassen gebildet, so dass deutsche und polnische Kinder und Jugendliche gemeinsam lernen.

In diesem Kontext betonte Herr Gutgesell, dass über diese Zusammenarbeit nicht nur diskutiert wird, sondern auch viele konkrete Projekte realisiert werden, z. B. der kürzlich angefangene Bau der grenzüberschreitenden Straßenverbindung Schwennenz - Ladenthin - Warnik - Bedargowo.

Dennis Gutgesell ist der Meinung, dass es sich nicht nur um das gegenseitige Kennenlernen, das Verbringen des Wochenendes bei dem Nachbarn oder das Einkaufen handelt. Inzwischen werden gemeinsame Konferenzen organisiert, auf denen man die Entwicklung der Region bespricht, Meinungen zu den touristischen Projekten austauscht oder gemeinsam die Wasserqualität der Oder überwacht.

Parallel zu den bestehenden Projekten werden Gespräche zu neuen Themen geführt, in denen wir zusammenarbeiten möchten. Seiner Meinung nach stellt die Zukunft unserer gemeinsamen Region uns zahlreiche Aufgaben auf den Gebieten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Kultur, bei sozialen Fragen und beim Umweltschutz.

Dennis Gutgesell wies besonders auf die für nächstes Jahr geplante Arbeitsmarktöffnung in Deutschland hin und den damit verbundenen freien Zugang der Arbeiter im deutsch-polnischen Grenzgebiet. Diese Situation ist für unsere Region eine Chance, die wir nutzen und den Problemen des Fachkräftemangels begegnen sollten. Der Vize-Landrat betonte, dass viele Herausforderungen, welche die sich schnell verändernde Gesellschaft mit sich bringt, durch gemeinsames Handeln am besten zu bewältigen sind.

Indem er sich zu der Thematik der Konferenz äußerte, betonte Herr Gutgesell auch die Notwendigkeit der Identifikation der Chancen, Vorteile und Potentiale der Grenzregion. Er stellte zugleich fest, dass eine gemeinsame deutsch-polnische Institution mit kompetenten Mitarbeitern effektiv die Aufgaben der Grenzregion erfüllen und die in der Zukunft entstehenden Probleme lösen könnte.

Herr Gutgesell äußerte sich auch zu der in Mecklenburg-Vorpommern geplanten Verwaltungsreform, infolge deren es zu dem Zusammenschluss der Landkreise kommen soll. Er erinnerte daran, dass am 7. Juli 2010 der Landtag in Mecklenburg-Vorpommern ein entsprechendes Gesetz verabschiedet hat, welches den Weg zur Reform eröffnete. Das

Gesetz beinhaltet, dass die Landkreise Ostvorpommern, Uecker-Randow und die Stadt Greifswald einen gemeinsamen Landkreis bilden. Er betonte, dass über den Namen für den neuen Landkreis eine Abstimmung entscheidet, aber es eine Tatsache ist, dass ein neuer Landkreis mit ca. 250.000 Einwohnern mit der Kreisstadt in Greifswald entsteht. Die Schlüsselfrage in diesem Zusammenhang lautet, was diese Reform für die aufgelösten Kreise und insbesondere für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bedeutet.

Der Vize-Landrat knüpfte an die unterzeichnete Vereinbarung über die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Szczecin und Greifswald an. Seiner Meinung nach soll die gegenwärtige Zusammenarbeit weitergeführt werden und selbst, wenn der Landkreis Uecker-Randow nicht mehr existiert, bleiben die Menschen, die bisher an dieser Zusammenarbeit mitgewirkt und dadurch bewiesen haben, dass sie diese Zusammenarbeit zum beiderseitigen Vorteil fortsetzen möchten.

Kjell-Åke Persson Vorstandsmitglied des Gemeindeverbands Schonen

Herr Kjell-Åke Persson betonte, dass der Gemeindeverband Schonen sich mit großem Interesse die Diskussion über die neuen Möglichkeiten ansieht, die den europäischen Grenzgebieten die Verordnung der Europäischen Union über die territoriale Zusammenarbeit bietet. Der Gemeindeverband Schonen ist schon seit 13 Jahren ein Teil der Euroregion Pomerania. Es ist wichtig, dass die Länder um die südliche Ostsee herum neue Formen für ihre Zusammenarbeit finden könnten. Der EVTZ kann ein Instrument für die Entwicklung der Zusammenarbeit in der Grenzregion um die Ostsee herum sein. Diese Frage hat man schon in der Euroregion Pomerania besprochen aber man hat noch nicht entschieden, welche Richtung eingeschlagen werden soll. Herr Kjell-Åke Persson lobte die Initiative der Konferenz, die die Stadt Stettin angenommen hat, um die Diskussion über die zukünftige Zusammenarbeit auf mehr effektive Weise als bisher fortzusetzen.

In allen drei Ländern – in Deutschland, Polen und Schweden – hat man mit den EU-Verordnungen über den EVTZ verbundene Landesgesetze angenommen. Das schwedische Parlament verabschiedete das Gesetz in dieser Sache am 17. Juni 2009. Polen und Deutschland verabschiedeten ihre Gesetze ein bisschen früher. Gemäß dem schwedischen

Gesetz entscheidet die Regierung über die Teilnahme des schwedischen Mitglieds an der EVTZ-Gruppierung. Bisher schlossen sich noch keine Selbstverwaltung, eine andere Einheit oder Organisation an den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit an, obwohl an einigen Orten darüber diskutiert wird. Außer der Diskussion in der Euroregion Pomerania werden auch in Schonen Gespräche über die eventuelle Gründung einer EVTZ-Gruppierung für die Zusammenarbeit in der Region Öresund geführt. In dieser Region dauert schon seit 25 Jahren eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Schonen und dem östlichen Dänemark.

Das schwedische Gesetz über den EVTZ enthält keine Verantwortungseinschränkungen, die die schwedische Gruppierung im Rahmen der Zusammenarbeit im EVTZ auf sich nehmen kann. In der polnischen Legislative dagegen gibt es nur eine Einschränkung. Diese Einschränkung bedeutet, dass das polnische EVTZ-Mitglied auf sich keine Verantwortung für die Verpflichtungen der Gruppierung nehmen kann.

Gemäß dem Gesetzhalt über den EVTZ könnte der Gemeindeverband Schonen, der ein schwedischer Partner in der Euroregion Pomerania ist, ein Mitglied der EVTZ-Gruppierung werden. Man soll aber mehr Fragen des zukünftigen Prozesses der eventuellen Bildung von EVTZ in der Region der südlichen Ostsee erklären. Diese Entwicklungsmöglichkeit für die Zusammenarbeit zwischen den Grenzregionen ist doch relativ neu. Es ist also nicht verwunderlich, dass man Zeit für die Erklärung aller Fragen braucht, die in der Zukunft vorkommen.

LEITREFERATE

Jose Antonio Ruiz de Casas

Die Europäische Kommission, DG Regio - Territoriale Zusammenarbeit

EVTZ und die strategische Rolle der europäischen Zusammenarbeit

Herr de Casas äußerte seine Befriedigung über die große Anzahl der grenzüberschreitenden Initiative, die er aus der Sicht der Europäischen Kommission beobachten kann. Alle diese Initiativen haben dasselbe Ziel, nämlich das Erreichen der Integration – einer der Haupttrichtlinien der Europäischen Union, die zusätzlich in dem Vertrag von Lissabon hervorgehoben wurde.

Die Präsentation des EVTZ und der strategische Charakter der europäischen Zusammenarbeit.

Betonenswert ist der strategische Charakter der europäischen Zusammenarbeit. Schon früher wurde während der Konferenz erwähnt, dass der EVTZ keine magische Lösung der Probleme ist. Diese Magie dagegen hat in sich die europäische Zusammenarbeit. Um die Bedeutung und den strategischen Charakter des EVTZ näher zu bringen, konzentrierte sich Herr de Casas auf die folgenden Aspekte:

1. den Entstehungskontext der EVTZ-Idee;
2. die strategischen schon bestehenden Eigenschaften des EVTZ, die von den letzten durch den Ausschuss der Regionen eingeführten Änderungen profitieren;
3. das Voraussehen und Kommentieren der potenziellen EVTZ-Vorteile im Zusammenhang mit dem von der Kommission vorbereitenden Bericht, der im August 2011 erscheinen soll.

Der EVTZ als ein Instrument der territorialen Zusammenarbeit erschien im Jahr 2006. Es war mit dem Streben nach der Verstärkung dieser Zusammenarbeit verbunden. Man kann sagen, dass der EVTZ ein Instrument der territorialen Zusammenarbeit auf der EU-Ebene ist. Das ist sehr wichtig, weil Bedingungen und Hindernisse für die Wiederunifizierung Europas oft politische Bedingungen sind und politische Bedingungen, bei voller Achtung vor Politikern, nicht selten sehr fremd den Bedürfnissen der Bürger sind. Instrumente der territorialen Zusammenarbeit dagegen spiegeln Probleme, Werte, Interessen und Ziele der Bürger wider, denn sie funktionieren „an Ort und Stelle“. Sie sind eine spezifische

Weise der Verstärkung und der Pflege der Demokratie und der europäischen Integration im wirklichen Alltag.

Aber warum hat man eigentlich das neue Instrument gebildet? Die europäischen Institutionen werden oft wegen des unnützen Aufbaus der Bürokratie und der Bildung neuer Instrumente angeklagt, die häufig völlig unbrauchbar sind. Vielleicht stimmt das. Das wichtigste Ziel war jedoch das Schließen der Lücke zwischen den zwei Rechtssystemen, die die territoriale Zusammenarbeit in Europa regieren. Es handelt sich hier um das Recht des Europarates und das Europarecht. Vorige Instrumente der Zusammenarbeit waren die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung und die Madrider Konvention. Leider haben viele Länder diese Konvention nicht ratifiziert, deshalb blieb sie nur eine potenzielle Plattform der Zusammenarbeit. Die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung dagegen war ein unzureichendes Instrument. 2006 hat man also unternommen, bestimmte Schwierigkeiten zu vermeiden und neue Möglichkeiten zur Bildung von etwas zu schaffen, was der territorialen Zusammenarbeit einen noch mehr neutralen Charakter gibt, sowie Möglichkeiten, ein sichereres in stabilen Rahmen funktionierendes Instrument zu schaffen. Es soll neutral sein, denn es handelt sich hier um die Zusammenarbeit in verschiedenen Ländern und auch sicher, weil manchmal die rechtlichen Fragen, die mit seinem Funktionieren verbunden sind, politische Instrumente werden. Aufgrund seines europäischen Charakters widersetzt sich der EVTZ den politischen Einflüssen. Das Instrument soll auch stabil sein, denn ein einmal gebildeter EVTZ unabhängig von dem Zeitablauf und allen Veränderungen in der Umgebung funktioniert. Die Kommission bemühte sich eben, diese Möglichkeiten zu nutzen und Lücken zu schließen. Das Ergebnis war die Bildung des Instruments der territorialen Zusammenarbeit, also des EVTZ.

Herr de Casas stellte 5 Haupteigenschaften des EVTZ dar:

1. Spektrum;
2. Bedeutung der Zeit und Geschichte;
3. Durchsichtigkeit;
4. Mehrwert;
5. Koordination.

Das Ziel war nicht „das Verkaufen“ der EVTZ-Idee, sondern das Hinweisen mit Hilfe dieser 5 mit der Wirklichkeit konfrontierten Eigenschaften auf reale Vorteile dieses Instruments.

Das Spektrum – auf Grund der im Ausschuss der Regionen durchgeführten Konsultationen hat man festgestellt, dass indem man Kosten und beanspruchte finanzielle Mittel berücksichtigt, der EVTZ ein effektives Instrument ist, wenn zu seinen Aufgaben die Kontrolle über viele Projekte auf einmal und die Verwaltung von vielen großen Projekten gehört. Das Spektrum ist also der potenzielle Vorteil des EVTZ. Bisher herrschte das sektorale Denken. Die Regionalpolitik konzentrierte sich zu viel auf die Einzelfragen. Es ist aber die höchste Zeit, verschiedene Themen zu verbinden, Mittel und Instrumente zu unifizieren. Ein Mittel zur Unifizierung und Konzentrierung verschiedener Fragen in einer Institution ist eben der EVTZ. Nicht nur aus Rücksicht auf das Spektrum, sondern auch aus Rücksicht auf die Zeit. Betonenswert ist die Tatsache, dass der EVTZ nicht in einer Leere entsteht, er ist immer eine Antwort auf die Bedürfnisse und resultiert aus den in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gesammelten Erfahrungen. Diese Erfahrungen können eine Grundlage zur Bildung stabiler und durchsichtiger Rahmen der Zusammenarbeit sein, die der EVTZ sichert.

Die Durchsichtigkeit – was ein einfacher Bürger über die territoriale Zusammenarbeit weiß? Sind sich die Bürger der Probleme aber auch der aus der Zusammenarbeit resultierenden Vorteile bewusst? Der EVTZ kann zur Verbesserung der Durchsichtigkeit beitragen, weil selbst die Bildung dieser Institution aus der Absicht der Bildung von etwas Augenfälliges, Sichtbares und Dauerhaftes erfolgt.

Der Mehrwert – das ist eine Überraschung für die Kommission, denn während die Arbeiten an der Verordnung noch dauerten, dachte man an den EVTZ vor allem als an ein Instrument, das Projekte und Programme der territorialen Zusammenarbeit koordiniert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bilden Programme im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit 25% der Tätigkeit des EVTZ, Projekte im Rahmen der ETZ – 79% und andere Formen der Zusammenarbeit – 83%. Das hohe Prozent der übrigen Form der Zusammenarbeit spiegelt die Vorstellungskraft der sich in den EVTZ engagierten Personen wider. Die Gruppierung als ein rechtliches Instrument ist offen, der Mehrwert erfolgt aus seiner Flexibilität. Obwohl die Gruppierung oft in Schmerzen und unter Aufsicht eines bestimmten Projektes entsteht, kann sie auf lange Sicht zum Erfüllen vieler anderer Tätigkeiten dienen, die man sich am Anfang nicht vorgestellt hat. Der EVTZ dient der Institutionalisierung aller Formen der territorialen Zusammenarbeit.

Die Koordination – das wichtigste ist, dass der EVTZ die Koordinierungsrahmen der territorialen Zusammenarbeit bilden kann. Er ist im Vergleich zu den schon existierenden Netzen und Strukturen ein komplementäres Instrument.

Man kann rechtliche Probleme, die während der Gründung des EVTZ vorkommen, nicht übergehen. Diese Frage betreffende Suggestionen erscheinen auch in dem Bericht der Kommission, der am 1. August 2011 vorgestellt werden soll. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Änderungen eingeführt werden. Die Arbeiten dauern aber noch und diese Fragen werden geprüft. Vor allem im Zusammenhang mit der besseren Verwaltungskoordination der Projekte und finanzieller Mittel und auch der Bildung einer horizontalen anstatt fragmentarischen Politik. Die Kommission will auf keinen Fall Landesregierungen belehren, oft ist sie aber gezwungen, die Regierungen daran zu erinnern, dass Landesgesetze kein Hindernis zur Bildung des EVTZ sein können, das ein europäisches Instrument ist. Die Veröffentlichung des Berichts wird ein Nachdruck sein, der zur weiteren Entwicklung des EVTZ beiträgt. Die Gruppierung als ein Rechtssubjekt ruft auch Fragen hervor, die die Außenbeziehungen der Union betreffen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt braucht man zwei Mitgliedsländer, um ein EVTZ gemeinsam mit einem Land außerhalb der Union zu bilden. Obwohl theoretisch eine Möglichkeit besteht, dass ein Mitgliedsland und ein Land außerhalb der Union den EVTZ bilden. Man soll solche Möglichkeit berücksichtigen. Sie ist der weitere Mehrwert des Instruments, denn sie erlaubt, internationale Ziele zu realisieren, ohne einen internationalen Vertrag abzuschließen.

In der Zeit der Krise, wenn der Zugang zu den finanziellen Mitteln beschränkt ist, soll man nach der Zweckmäßigkeit der Bildung von Gruppierungen fragen. Soll also der EVTZ nur der Geldgewinnung dienen? Herr de Casas betonte, dass allein die territoriale Zusammenarbeit schon ein Wert ist, egal ob sie europäische Mittel benutzt oder nicht.

Im Resümee knüpfte Herr de Casas an die Worte des Präsidenten der Europäischen Kommission, Herrn Jose Manuel Barroso, an, der feststellte, dass Europa jetzt eine Probezeit durchmache. Die Union müsse zeigen, dass sie etwas mehr als nur 27 Länder sei, die verschiedene Lösungen der Probleme böten. Den Erfolg würden nur lokale und territoriale Handlungen sichern und das sei eben das europäische Denken.

Dr. Martin Niedermeyer

Ministerium für Inneres und Europaangelegenheiten des Saarlandes

Chancen, Möglichkeiten und verschiedene Kooperationsebenen im Rahmen des Europäischen Verbunds für Territoriale Zusammenarbeit

Zu Beginn seiner Rede dankte Dr. Niedermeyer für die Einladung und äußerte seine Anerkennung für die große Geschwindigkeit und den dezidierten Willen beim Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Grenzgebiet.

In seinem Vortrag beleuchtete er Chancen und Möglichkeiten verschiedener Formen der Zusammenarbeit im Rahmen des "Europäischen Verbunds für Territoriale Zusammenarbeit" (EVTZ); dabei ging er insbesondere auf die verschiedenen Anwendungsbereiche dieses neuen Instruments ein sowie auf Erwartungen von Grenzregionen an die Europäische Union. Er berichtete auch von den Erfahrungen in der Zusammenarbeit in der Großregion SaarLorLux und stellte die dort funktionierenden EVTZ-Modelle vor.

Indem er an die Thematik der Konferenz anknüpfte, wies er auf die Entstehung des Europäischen Verbunds für Territoriale Zusammenarbeit hin. Ausgangspunkt der im Jahr 2006 in Kraft gesetzten EVTZ-Verordnung (1082/2006) war ein erkennbarer Bedarf für ein europaweit gültiges Rechtsinstrument, das die territoriale Zusammenarbeit in der Europäischen Union erleichtern und Hindernisse, die diese Zusammenarbeit hemmen, reduzieren und überwinden hilft. Durch die im Rahmen der Ost-Erweiterung gewachsene Zahl von Grenzgebieten in der EU wurde der Bedarf hierfür verschärft. Ebenso konnten die bisherigen Rechtsinstrumente der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht immer die effektive Zusammenarbeit in diesem Rahmen sichern. Überdies fehlte ein valides Instrument, mit dem grenzüberschreitende EU-Fonds gemeinsam verwaltet werden konnten.

Die Diskussion über ein solches Rechtsinstrument und dessen Entwicklung und Einführung wurde auch vom Ausschuss der Regionen der die Interessen der Regionen in Brüssel vertritt, mitgetragen und nachhaltig vorangebracht; er betonte sehr deutlich die Notwendigkeit der Institutionalisierung, Verstärkung und Verankerung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Indem er an die Genese der EVTZ-Verordnung anknüpfte, wies Dr. Niedermeyer darauf hin, dass als Ausgangspunkt der Beratungen – zusammen mit den Regionalpolitik im Rahmen der Finanziellen Vorausschau post 2007 - der Schwerpunkt auf dem

grenzüberschreitenden Anwendungsbereich (EVGZ) lag; die Namensänderung hin zu EVTZ ("territoriale" Zusammenarbeit) war insofern auch Ausdruck dafür, dass dieses Rechtsinstrument allgemein gültige Anwendbarkeit auch für interregionale und transnationale Kooperationsformen in der EU erhalten sollte. Da die territoriale Kohäsion, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördert, ein vergleichsweise junges Ziel der EU-Politik ist und mit den anderen Politikbereichen intelligent verknüpft sein sollte, wurde die EVTZ-Verordnung zunächst zum gleichen Zeitpunkt wie die Verordnungen zur Regionalpolitik, Sozialfonds und Kohäsionsfonds veröffentlicht.

Dr. Niedermeyer betonte im Weiteren die in den letzten Jahren gestiegene Bedeutung des räumlichen Zusammenhaltes, der sog. "territorialen Kohäsion", als Querschnittsthema für die verschiedenen EU-Politik-Bereiche. Niederschlag hat dieses neue Paradigma im Vertrag von Lissabon gefunden, wo die territoriale Kohäsion ein Hauptziel der Europäischen Union ist. Die räumliche Kohäsion zwischen benachbarten Regionen und Gebieten ist in der EU als Politikziel gleichrangig mit sozialer und wirtschaftlicher Kohäsion, die bislang die Schwerpunkte der Regionalpolitik bildeten. Diese Tatsache habe zwar noch keinen adäquaten Niederschlag im EU-Budget gefunden; gleichwohl sind Anzeichen für eine weitere zukünftige Stärkung dieses Budgetbereichs erkennbar.

Dr. Niedermeyer hob hervor, dass 25 Jahre nach dem Schengener Abkommen die EU-Einwohner heute eigentlich in einem Europa ohne Grenzen lebten. Es gibt gleichwohl noch unsichtbare Grenzen, wo es zwar keine direkten Grenzkontrollen mehr gibt; die Raumwirksamkeit der verschiedenen Rechtssysteme der Mitgliedstaaten führt aber auch an den Binnengrenzen der EU weiterhin zu Verwerfungen und Hemmnissen, die die Mobilität von Menschen, Waren und Dienstleistungen behindern.

In Europa existieren zahlreiche grenzüberschreitenden Kooperationsgebiete und je unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit, die dazu beitragen wollen, die vor Ort auftretenden Hindernisse der grenzüberschreitenden Mobilität zu überwinden. Viele Kooperationsräume sind darüber hinaus bereit, mehr Verantwortung für grenzüberschreitende Angelegenheiten zu übernehmen und leisten hierzu ihren Beitrag, indem sie Lösungen für vorhandene Probleme suchen und umsetzen, u.a. durch die Bildung von grenzüberschreitenden Zweckverbänden sowie Abstimmung und Ratifizierung von Verträgen und Abkommen, deren Regelungsinhalte regional je stark unterschiedlich sein können. Diese einzelfallspezifischen Lösungsansätze haben auch

bereits vor dem EVTZ ein breites Instrumentarium an Kooperationsinstitutionen der konkreten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hervorgebracht. Dr. Niedermeyer erläuterte, dass in der Großregion SaarLorLux eine Vielzahl differenzierter Kooperationsgremien existieren, wie z.B. das regelmäßige Treffen der regionalen Regierungschefs – das sog. "Gipfeltreffen der Großregion" –, die administrativ konstituierten Regionalkommissionen, die Zusammenarbeit auf der Ebene der regionalen Legislativen (der Regionalparlamente) ebenso wie die schon seit den 90er Jahren funktionierende Zusammenarbeit im Rahmen des INTERREG-Programms. Des Weiteren kooperieren die Vertretungen in Brüssel; im Ausschuss der Regionen bei der EU (AdR) wurde eine "Interregionale Gruppe" SaarLorLux gegründet. Auf lokaler grenznachbarschaftlicher Ebene existieren kommunal organisierte Eurodistrikte, von denen der Eurodistrict SaarMoselle 2010 in einen EVTZ umgewandelt wurde, um die Zusammenarbeit besser und verbindlicher zu strukturieren.

Indem Dr. Niedermeyer Hauptanforderungen, die die Bildung des EVTZ begleiteten, vorstellte, wies er darauf hin, dass vor dem Zustandekommen der EVTZ-Verordnung verschiedene Widerstände zu überwinden waren, darunter auch die Beseitigung von Vorbehalten gegenüber dem Bedarf einer solchen Kooperationsverordnung auf Ebene einzelner Mitgliedstaaten. Einer der wichtigsten Vorteile und Hauptwert des Instruments besteht darin, dass durch den EVTZ ein Organ geschaffen werden kann, das mit der Europäischen Union selbständig über Programme und finanzielle Mittel verhandeln kann und außerdem Entscheidungs- und Beschlusskompetenz hat.

Er betonte zugleich, dass der EVTZ eine Konstruktion ist, die durch EU-Recht entsteht. Darüber hinaus ist das anzuwendende nationale Recht festzulegen; dies habe unmittelbare Konsequenzen in Bezug auf die praktische Arbeit des jeweiligen EVTZ.

Seiner Meinung nach ist aufgrund hoher formaler Anforderungen die Rechtsform des der EVTZ nicht in jedem Fall die optimale Wahl zur Realisierung aller Kooperationsformen und -ziele ("kein Allheilmittel"); es verfügt aber quasi als "Rolls Royce" unter den verfügbaren Kooperationsinstrumenten über den höchsten Grad an Flexibilität hinsichtlich der Mitglieder und Regelungsgehalte und weist dadurch besonders hohe allgemein gültiger Anwendungstauglichkeit auf. EVTZ kann insofern als Katalysator wirken, weil es Strukturen schafft, indem es bereits existierende Zusammenarbeitsformen im Sinne einer qualitativen Änderung beschleunigen kann. In den meisten Fällen werden derzeit EVTZ überwiegend gegründet, wenn seine Mitglieder bereits ein gewisses Maß an

nicht Kooperationserfahrung haben. Das Gros der EVTZ-Gründungen konstituiert sich aus bereits langjährigen Kooperationsverbänden, weniger aus neuen Initiativen und Akteuren der Zusammenarbeit. Dabei sollte die Gründung eines EVTZ kein Selbstzweck sein, sondern eine Rechtsform und Organisationsinstrument als Mittel zum Erreichen der gemeinsamen Ziele. Nach Angaben der französischen Organisation MOT (*Mission Operationelle Transfrontalière*) gibt es bislang 11 erfolgreich gegründete EVTZ sowie 20 weitere in Entstehung.

Zum Abschluss seines Vortrags äußerte sich Dr. Niedermeyer noch zur Eignung von EVTZ im Hinblick auf *Multilevel Governance*. Er führte aus, was der "Gipfel der Großregion SaarLorLux" hierunter versteht – einer Zusammenarbeit von 11 verschiedenen politischen Partnern aus fünf Regionen, vier Staaten. Trotz der Kompetenz-Unterschiede (z.B. Ministerpräsidenten zweier deutscher Bundesländer; Regierungschef von Luxemburg und sowie eines französischen Regionalpräfekten und den Präsidenten eines Regionalrats und mehrerer Generalräte (Départements)), findet eine politische Konzentration und Abstimmung in zentralen grenzüberschreitenden Fragen auf Grundlage freiwilliger Zusammenarbeit statt. Des Weiteren beinhaltet die Kooperation auf Ebene des Gipfels auch die institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Partnern auf verschiedenen Ebenen der Verwaltungs- und Nichtregierungszusammenarbeit.

Abschließend bewertete Dr. Niedermeyer die vielfältigen und konstruktiven Einsatzmöglichkeiten von EVTZ. Der Hauptvorteile von EVTZ sind:

- 1) Komplementarität mit anderen Instrumenten der Zusammenarbeit,
- 2) Integrationsmöglichkeit verschiedener Ebenen der Zusammenarbeit (*Multilevel Governance*),
- 3) Flexibilität, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit sowohl auf der lokalen, als auch auf der europäischen Ebene bietet. Eine besondere Fähigkeit der Anpassung an verschiedene institutionell-rechtliche Bedingungen,
- 4) große Handlungsfähigkeit dank der eigener Rechtsform,
- 5) es ermöglicht eigene EU-Mittelverwaltung, die Beschäftigung von eigenem Personal, bietet Chancen zur Akquise und Verwaltung der Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, bildet eine langfristige Zusammenarbeit und ist eine Institution, die auf dem Boden des europäischen Rechts basiert.

Przemysław Gembiak

Vertreter des Departements für Strategie und Planung im Außenministerium

Ansichten zu formal-rechtlichen Voraussetzungen für die Gründung eines Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit auf der Grundlage der EU- und nationalen Gesetzgebung

Einführung

Der Vertreter des Außenministeriums der Republik Polen erinnerte daran, dass die Verordnung (EG) 1082/2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) die allgemein verbindlichen und in allen Mitgliedstaaten unmittelbar anwendbaren Regelungen enthält. Jedoch deutet die Verordnung im Art. 16 auf die Notwendigkeit hin, die Landesgesetze zur erfolgreichen Anwendung der Verordnung in Mitgliedstaaten zu beschließen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit soll nicht als ein von der staatlichen Politik getrenntes Element betrachtet werden, weil sie ein wesentliches Teil der Außenpolitik ist. Sie ist auch ein Teil des Prozesses der europäischen Integration. Herr Gembiak meint, dass diese Zusammenarbeit als ein positives Element des Zusammenwirkens der Gesellschaften betrachtet werden soll, das das näher-Kommen der Staaten und die gemeinsame Suche nach den Formen der Zusammenarbeit ermöglicht, welche ermöglichen, feste, langfristige Werte zu erarbeiten, die zum Vorteil bei den gegenseitigen Beziehungen werden. Gut gestaltete grenzüberschreitende Zusammenarbeit kann (auch dank dem EVTZ-Instrument) ein effektives Mittel bei der Überwindung der geschichtlichen Antagonismen sein, die in der menschlichen Mentalität immer wieder verborgen liegen; sie kann auch die guten Nachbarbeziehungen zwischen den Staaten stärken, das positive Bild der Staaten und Gesellschaften unterstützen, wie auch die Stabilität und partnerschaftliche und ausgeglichene gesellschaftlich-ökonomische Entwicklung gewährleisten.

Die auf diese Art und Weise aufgefasste grenzüberschreitende Zusammenarbeit erlaubt (ungeachtet der Entwicklungsunterschiede in den einzelnen Grenzgebieten) das neue EU-Instrument, den Europäischen Verbund für Territoriale Zusammenarbeit richtig zu behaupten. Der EVTZ soll wirklich zum Instrument werden, dass die grenzüberschreitende, transnationale und/oder interregionale Zusammenarbeit erleichtert und fördert. Der EVTZ setzt sich zum Ziel, die wirtschaftliche und

gesellschaftliche Kohärenz in den bestimmten Gebieten, darunter in den Grenzgebieten, zu stärken. Man soll auch bemerken, dass der zielgerichtete Charakter des EVTZ gleichzeitig zur gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen und zur Förderung derer Zusammenarbeit entscheidend beitragen kann.

Rechtsgrundlage

Es wurde gleichzeitig unterstrichen, dass die EU-Verordnung über den EVTZ eine rechtliche Grundlage bildet, und die Landesregelungen, die durch die Mitgliedstaaten gemäß Art. 16 der Verordnung eingeführt werden, eine erforderliche Ergänzung sind. Sie werden zu einem Hilfselement, dass die Anwendung der Verordnungsgesetze erleichtert. Die Mitgliedstaaten beschließen Gesetze, die für die effektive Anwendung der Verordnung notwendig sind; es sind also unterstützende Gesetze. Es sollen zwei folgende Rechtsakte im polnischen Rechtssystem erwähnt werden, die die Anwendung der Verordnung ermöglichen: Gesetz vom 7. Nov. 2008 über EVTZ zur Regelung des EVTZ-Funktionierens auf dem Gebiet Polens. Der Gesetzgeber hat beschlossen, dass der Außenminister als der führende Minister auf dem Wege einer administrativen Entscheidung die Genehmigung bezüglich des Beitritts zum EVTZ mit dem Sitz auf dem Gebiet eines anderen Staates oder bezüglich des Beitritts zum EVTZ mit dem Sitz auf dem Gebiet Polens den polnischen Subjekten erteilt. Die Genehmigung wird im Einverständnis mit dem entsprechenden Minister für die Regionale Entwicklung, dem Minister für öffentliche Finanzen und dem Innenminister erteilt. Der Außenminister ist gleichzeitig von dem Gesetzgeber dazu verpflichtet, das EVTZ-Register zu führen, das eine wesentliche Bedeutung hat. Indem der Verbund ins Register eingetragen wird, wird er juristische Einheit. An dieser Stelle empfiehlt es sich zu erwähnen, dass die ganze Struktur des neuen Verbundes die Form der juristischen Person hat. Das kann einen Einfluss auf die Verhältnisse zwischen den Verbundmitgliedern und zwischen den Staaten haben.

Finanzierung

Der EVTZ finanziert sich aus den Mitteln der Institutionen, die diesen Verbund gründen. Die Gründung und die Führung des Verbundes werden aus eigenen Mitteln finanziert. Es können zum Beispiel Finanzbeiträge der Mitglieder sein. Herr Gembiaak meint, dass dies insofern wichtig ist, als es mit gewisser Verpflichtung zusammenhängt. Je nach der Tätigkeit hat der Verbund die Möglichkeit, EU-Mittel im Rahmen der

bestimmten Programme zu gewinnen, nachdem er die für dieses Programm erforderlichen Bedingungen erfüllt hat. Die EVTZ-Mitglieder sind dazu verpflichtet, die Vereinbarungen bezüglich der Mitgliedsbeiträge und der Rechnungs- und Haushaltsregeln für das EVTZ-Funktionieren in der EVTZ-Satzung zu bestimmen.

Der Vertreter des polnischen Außenministeriums betrachtet es als wichtig, dass die potentiellen Subjekte sich dessen bewusst werden, dass sowohl in der Konvention als auch in der Satzung all diese Regeln bestimmt werden müssen, die Schritt für Schritt das EVTZ-Funktionieren regeln werden. Dazu ist es erforderlich, miteinander zusammenzuarbeiten wie auch den Weg des Partnerdialogs zu bestreiten.

Man soll auch unterstreichen, dass die Tatsache, dass ein Verbund gegründet wurde, keineswegs damit gleichgestellt werden kann, dass er die EU-Mittel bekommt. Der Verbund verwaltet ihren Haushalt selbständig, was aus der Struktur des Instrumentes resultiert. Zwar ist es keine Voraussetzung, dass der EVTZ aus den Mitgliedsbeiträgen finanziert werden muss, aber man empfiehlt solch einen Impuls, welcher die engagierten Mitglieder miteinander verbinden würde und dank welchem sie der Verantwortung für die ganze Verbundstruktur bewusst wären. Es empfiehlt sich zu betonen, dass die EVTZ-Förderperiode zu Ende geht, wenn der Verbund aufgelöst wird.

Satzungssitz – nach dem Recht des EU-Mitgliedstaates – die Rolle des EVTZ

Gemäß der Verordnung wird der EVTZ als Subjekt dieses EU-Mitgliedstaates behandelt, in welchem der Verbund seinen Satzungssitz hat. Die an der EVTZ-Gründung interessierten Subjekte vereinbaren miteinander, wo der Verbund seinen Sitz haben wird. Welche Rolle kann der EVTZ spielen? Da er Rechts- und Geschäftsfähigkeit besitzt, die kraft des Landesrechtes des Mitgliedstaates (in welchem der Verbund seinen Sitz hat) den juristischen Personen erteilt werden, kann er die Tätigkeiten betreiben, die die Entwicklung des EVTZ-Gebietes fördern werden. Der EVTZ schafft keine zusätzliche administrative Struktur. Die EVTZ-Mitglieder übertragen darauf keine Kompetenzen, die aus den Vorschriften des Landesrechtes resultieren. Die Subjekte, die in den Grenzgebieten funktionieren, kennen die Bedürfnisse und lokalen Entwicklungsprioritäten. Der Ausgangspunkt für den Erfolg beim EVTZ-Funktionieren ist es, die Aufgaben und Ziele zu bestimmen, für welche dieses Instrument eine gute Lösung wäre.

Die EVTZ-Gründung hängt mit der Erfüllung von konkreten Aufgaben zusammen. Die Partner, die zusammen arbeiten und die aus verschiedenen Mitgliedstaaten mit verschiedenen Rechtssystemen kommen, können – als die EVTZ-Mitglieder – die gemeinsamen Lösungen vereinbaren, die für die Realisierung der konkreten Verbundaufgaben (die früher in der Konvention und Satzung bestimmt wurden) notwendig sind. Das bedeutet, dass dieses Instrument nicht als ein Mittel zur Aufsicht der Zusammenarbeit in den Grenzgebieten betrachtet werden soll, sondern als ein Mittel zur Erfüllung von konkreten Aufgaben, zur Erschaffung von solchen Lösungen, die den lokalen Gesellschaften dienen werden. Wenn die Partner, die grenzüberschreitend, transnational und / oder interregional zusammenarbeiten, zur Meinung kommen, dass die Annahme der Rechtsform des EVTZ dazu beitragen kann, dass die Ziele ihrer Zusammenarbeit besser erreicht werden kann, wird die EVTZ-Gründung damit begründet.

Przemysław Gembiak hat drei Hinweise für die an der EVTZ-Gründung interessierten Subjekte formuliert:

1. Anfertigung des Verzeichnisses der Bedürfnisse im Interessenkreis der entsprechenden, an der EVTZ-Gründung interessierten Subjekte
2. Identifizieren der gemeinsamen Bedürfnisse und Anfertigung eines gemeinsamen Zielverzeichnisses
3. Anfertigung des Projektes für die Konvention, Satzung und den Namen des geplanten EVTZ im Geiste des Partnerdialogs.

Perspektive des EVTZ

Bemerkenswert ist gleichzeitig Art. 17 der Verordnung (WE) 1082/2006, nach dem die Europäische Kommission dazu verpflichtet ist, den Bericht über die Anwendung dieser Verordnung in den EU-Mitgliedstaaten mit den eventuellen Änderungsvorschlägen dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum 1. August 2011 vorzulegen. In diesem Zusammenhang wird die EVTZ-Problematik zu einem der Diskussionsthemen während der ungarischen und polnischen EU-Präsidentschaft.

Es wäre sinnvoll, im Rahmen dieser Präsidentschaft eine systematische und konstruktive Diskussion zum Thema des EVTZ zu führen. Die Selbstverwaltungen auf jeder Ebene in der EU können die europäische Politik mitgestalten, aber bei der engen Zusammenarbeit mit den Regierungen in ihren Ländern. Das zeugt zugleich davon, dass

man im Rahmen der Demokratie reif funktioniert. Der EVTZ schließt die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Regierungssubjekten wie auch EU-Subjekten nicht aus. Im Bezug auf die deutsch-polnischen Grenzgebiete, im Kontext der Herausforderungen im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden und regionalen Zusammenarbeit entsteht die Notwendigkeit, das Thema des EVTZ in den Terminkalender der Sitzung des Komitees für die grenzüberschreitende deutsch-polnische Zusammenarbeit, Polnisch- Deutsche Zwischenstaatliche Kommission für die Regionale Zusammenarbeit, aufzunehmen. Das soll zu einer gemeinsamen Aufgabe der staatlichen und kommunalen Regierung werden. Außenministerium möchte unterstreichen, dass die Zwischenstaatliche Kommission für die Entwicklung und Koordinierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit besonders wert ist.

Andreas Petters

Leiter der Verwaltungsbehörde Interreg IV A, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern

Ähnlich wie die polnischen Partner analysieren auch die deutschen Partner aktuelle Möglichkeiten, die das EVTZ-Instrument mit sich bringen kann.

Als Vertreter des Wirtschaftsministeriums aber auch als Vertreter der Institution, die das INTERREG IVA-Programm verwaltet, betonte Petters, dass das Programm bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt für die Finanzierung von Interreg-Projekten Mittel in der Höhe von 132 Mio. Euro zuständig sei. Seiner Meinung nach veranschaulicht das die große Dynamik der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, in der Ideen mit Hilfe verschiedener Projekte eingeführt und realisiert werden. Als ein Beispiel erwähnte er den künftigen Lückenschluss der Uferpromenade zwischen den Städten Swinemünde und Ahlbeck.

Bezogen auf das Thema EVTZ richtete Petters an die Teilnehmer der Konferenz eine Reihe Fragen.

Welche Maßnahmen sind in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Grenzregion zur Umsetzung des Instrumentes EVTZ notwendig? Welche Umstände müssen beachtet werden? Was muss im Regelwerk noch verbessert werden, damit die Einführung des Instruments umgesetzt werden kann?

Dann zitierte er die Äußerung des Vertreters der deutschen Minderheit in Belgien, der feststellte, dass in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit viel davon abhängt,

wie die Intensität der Zusammenarbeit sich aktuell darstelle. Für den Fall dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit noch nicht sehr stark entwickelt wurde, ist es recht unwahrscheinlich, dass das neue Instrument EVTZ eine konkrete qualitative Verbesserung mit sich bringt.

Andreas Petters nimmt zwei Gebiete wahr, in denen die beiden Seiten miteinander kooperieren könnten: dies sind der Brandschutz- und Katastrophenschutz und die Müllentsorgung. Das sind sehr konkrete Gebiete, wo die Realisierung der gemeinsamen Aufgaben durch die Nutzung des hier besprochenen Instruments, also des EVTZ, erleichtert werden könnten.

Er betonte, dass die deutschen Partner bereit zur Zusammenarbeit seien. Wenn ein Partner aus Mecklenburg-Vorpommern an einem EVTZ teilnehmen möchte, werde dies in Bezug auf die geltenden Vorschriften geprüft.

Er versicherte, dass es unbürokratische Verfahren zur „Genehmigung“ eines EVTZ geben werde. Der Antrag müsse aber nach den Grundsätzen der derzeit gültigen EVTZ-Verordnung geprüft werden.

Nachdem die Partner des EVTZ eine gemeinsame Satzung vereinbart haben, müsse die zuständige Behörde innerhalb von drei Monaten eine Entscheidung treffen. Das Land Brandenburg müsse entsprechend beteiligt werden. Er wies zugleich darauf hin, dass der Ansprechpartner in Polen das Außenministerium in Warschau sei.

Zum Abschluss seiner Rede betonte Andreas Petters zusammenfassend nochmals die wesentlichen Grundsätze für die die Gründung eines EVTZ.

Er gab zu bedenken, dass ein EVTZ zur Programmumsetzung Interreg, die Lösung von Umsetzungsfragen von den Regierungsstellen auf Stellen in die Region verlagere. Dies könne sich ggf. auch auf die Umsetzung gemeinsamer Projekte auswirken.

Abhilfe wollen der Rat der Regionen und die EU-KOM mit einer Novelle der EVTZ-Verordnung schaffen.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob es zu einer Novellierung der EVTZ-Verordnung überhaupt kommen wird? Nach Petters Auffassung scheint aber das Interesse der Mitgliedsstaaten der EU an diesem Thema eher gering.

Unklar ist die Rolle eines EVTZ in Bezug auf die Planung künftiger Programmperioden. Es ist fraglich, ob die Mitglieder ähnliche Aktivitäten gegenüber der Europäischen Union entwickeln werden können, wie dies die Nationalstaaten in der Vergangenheit getan haben.

Stig Ålund
Direktor des Gemeindeverbands Schonen

2010 werden wir das 15-Jubiläum der Euroregion Pomerania feiern. Die schwedische Seite beteiligt sich an dieser Zusammenarbeit schon seit 13 Jahren. Sie beruht auf einem Vertrag, der von den Vereinsvorständen unterzeichnet wurde. Man kann sagen, dass von der schwedischen Seite die Zusammenarbeit nicht besonders aktiv war. Herr Ålund betonte jedoch, dass es eine wichtige, in dieser geographischen Region Europas natürliche Zusammenarbeit ist, die man weiter entwickeln und festigen soll.

Der EVTZ bietet vielleicht solche neue Möglichkeit noch besserer Anknüpfung der Kontakte oder Bildung der Entwicklungsbedingungen in dieser geographischen Region. Vielleicht stimmt das, wie Dr. Niedermeyer gesagt hat, dass das neue Chancen, neue Möglichkeiten bedeutet. Man muss aber auch betonen, dass wir uns noch in der Anfangsphase des Prozesses befinden und es ist jetzt sehr schwierig einzuschätzen, welche Ergebnisse dieses Instrument bringt und welche Möglichkeiten bietet. Andererseits sind alle Informationen über die Zusammenarbeit im Saarland und in den nahe gelegenen Regionen sehr interessant. Vielleicht ist das ein Beweis dafür, dass der EVTZ eine echte Kraft für die zukünftige Entwicklung auch in der Euroregion Pomerania werden kann.

Schweden hat als der letzte von den übrigen Partnern das neue mit der EU-Verordnung aus dem Jahr 2006 verbundene Gesetz angenommen. Die Diskussion über die wichtigsten Bereiche, auf die man sich konzentrieren soll, wurde erst neulich angefangen. In Südschweden ist die Zusammenarbeit mit Ostdänemark und der Öresundregion am wichtigsten, mit der Schweden historische Bande verbinden und wo es so viele Kontaktebenen gibt.

In Schweden gibt es sehr wenige Diskussionen über die EVTZ-Anwendung als ein Instrument der Zusammenarbeit. Die einzige sich auszeichnende, positive Ausnahme ist die Zusammenarbeit zwischen Haparanda und Tornio im Norden, also zwischen Schweden und Finnland. In der Region der südlichen Ostsee fanden solche Diskussionen u.a. in der Euroregion Pomerania statt, wo bei einigen Gelegenheiten führende Politiker der Region Möglichkeit hatten, sich mit den Grundlagen dieser Form der Zusammenarbeit vertraut zu machen. Die Stettiner Konferenz kann man bestimmt als einen vorzüglichen Pionierversuch der Wissenseinholung über die Weise der Fortsetzung der Zusammenarbeit ansehen.

In Schweden trifft die Regierung die Entscheidung darüber, ob man eine Gruppierung bilden kann. Die schwedische Legislative stimmt, außer einigen Ausnahmen, im großen Maße mit den Gesetzen in Deutschland und Polen überein. Die schwedische Regierung beauftragte dem Regierungsorgan die Kontrolle über solche Gruppierung, die die Aufsicht über alle Rechtssubjekte im Land ausübt.

Einer der Unterschiede zwischen dem schwedischen und polnischen Gesetz besteht darin, dass die schwedische Legislative keine Beschränkungen über die Verpflichtungen enthält, die solche Gruppierung annehmen kann. Das polnische Gesetz enthält eine mehr deutliche Grenze für Verpflichtungen, die der polnische Partner in dieser Zusammenarbeit annehmen kann. Ähnlich sieht die Situation in Dänemark, wo es auch deutliche Beschränkungen gibt und der dänische Partner keine beliebigen Verpflichtungen annehmen darf.

Während der Diskussion über dieses Problem auf der schwedischen Seite hat man festgestellt, dass es ein paar Hauptziele gibt, für die man die EVTZ-Gruppierung benutzen kann, z.B. der politische Dialog, eine stärkere als bisher Verbindung der Grenzregion und die Bildung der Entwicklungsmöglichkeiten. Ein solches Hauptziel kann auch die Entwicklung gemeinsamer Projekte und die sozial-ökonomische Kohärenz sein. Es ist ganz selbstverständlich, wenn man darüber als über die Hauptziele für die Zusammenarbeit im Rahmen des EVTZ spricht. Ähnlich wird doch die Zusammenarbeit in der Euroregion Pomerania und der Öresundregion mit Dänemark beschrieben. Vielleicht soll man also noch weiter gehen und ein paar konkrete Themen nennen, in die sich die Gruppierung einbeziehen könnte.

Infrastruktur und Transport sind selbstverständlich Fragen, deren gute Organisation in diesem Teil Europas sehr wichtig ist. Die schwedische Seite bedauert, dass das Meer sie von den Partnern abtrennt, was einerseits besondere Probleme verursacht, andererseits aber gute Möglichkeiten bietet. In diesem Bereich entwickelte sich schon eine breite Zusammenarbeit, z.B. zwischen den Häfen in dem Teil des südlichen Ostseebeckens – vielleicht hier kann man den EVTZ anwenden. Innovationen und wissenschaftliche Forschungen sind ein weiteres gutes Thema, das helfen könnte, die Zusammenarbeit im Rahmen des EVTZ zu entwickeln. Tourismus und Kultur sind auch Gebiete der potenziellen Zusammenarbeit im Rahmen der Gruppierung. An dieser Stelle könnte man schon ein konkretes Projekt vorstellen, eine gemeinsame touristische Landkarte in der Region der südlichen Ostsee bearbeiten. Man hat auch über die

Kommunikation, die Entwicklung der informativen Techniken und den Arbeitsmarkt diskutiert. Man soll das als Beispielmöglichkeiten der Entwicklung der Zusammenarbeit im Rahmen des EVTZ in dieser Region betrachten. Für die Bildung des EVTZ braucht man aber noch viel Zeit. Polen, Deutschland und Schweden sind drei Länder, die sich verbinden sollen. Das sind verschiedene Kulturen, verschiedene Sprachen und eine ganze Reihe von anderen Faktoren – z.B. geographischen zwischen Schweden, Polen und Deutschland, die verursachen, dass diese Situation besonders ist.

Herr Ålund beschloss seine Rede mit der Feststellung, dass man die Geduld zeigen soll, wenn die Europäische Union eine Stellung gegenüber dem Bericht über die bisherige Entwicklung in der Geltungszeit der EVTZ-Verordnung, d.h. seit 2006 nehmen soll. Alles braucht seine Zeit und man muss ausdauernd sein, wenn man eine neue Form der Zusammenarbeit beginnt.

BEST PRACTICE

Pascale Simon-Studer
Referentin von Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau
Das deutsch-französische Grenzgebiet

Im Gebiet des oberen Rheins gibt es drei Eurodistrikte: *Pamina, Region Freiburg* und *Dreinationaler Euro-Distrikt Basel*. Keiner von ihnen besitzt die EVTZ-Struktur. Nur Strasbourg-Ortenau ist ein EVTZ. Auf der deutschen Seite umfasst die Zusammenarbeit ein viel größeres Gebiet als auf der französischen Seite, obwohl die Einwohnerzahl auf beiden Seiten fast gleich ist. Die Interessen der Partner sind manchmal unterschiedlich – auf einer Seite gibt es Strasbourg, das eine Metropole und ein städtebauliches Zentrum der Region ist und auf der anderen dominiert ein ländliches Gebiet. Die Interessen der Bürgermeister und der Einwohner am Rand dieses Gebiets sind oft anders als direkt an der Grenze.

Frau Simon-Studer, die die Entstehung des EVTZ Strasbourg-Ortenau präsentiert hat, betonte, dass an diesen Strukturen Regierungsvertreter teilnehmen sollen und mit ihrer sachlichen Unterstützung bei der Lösung der entstehenden Probleme helfen können. Die Zusammenarbeit im Rahmen dieser Strukturen dagegen beruht auf verschiedenen Projekten. Die Projekte werden von den Experten geführt und realisiert. Deshalb hat man in allen Bereichen der Aktivität Expertengruppen gebildet, im Rahmen deren konkrete Projekte durchgeführt werden. Im Gesundheitswesen realisiert man Projekte für epilepsieerkrankte Menschen, es gibt gemeinsame Rettungsdienssysteme. Im Bildungswesen führte man ein großes Projekt im Bereich der Zweisprachigkeit und Berufsbildung ein. Im Transportwesen gibt es nur eine Fahrkarte *EUROPAS*. Neulich begann man auch mit einem E-Demokratie-Projekt, das darin besteht, dass man eine spezielle Internetplattform bildete, die eine Reihe von Fragen an die Einwohner enthält. Die Einwohner können sich auf diese Weise dazu äußern, was für sie wichtig ist, welche Projekte realisiert werden sollen. Es gibt eine Möglichkeit zur Diskussion, zur Anmeldung von konkreten Projekten oder zur Kommentierung der schon angemeldeten Vorschläge. Fast alle oben genannten Projekte werden im Rahmen des INTERREG-Programms finanziert.

Frau Simon-Studer betonte, dass sehr wichtig die Einbeziehung der Einwohner ist. Deshalb werden zahlreiche gemeinsame Unternehmen realisiert: gemeinsame Fahrradausflüge, das europäische Picknick, der europäische Tag der Bergwanderungen usw. Bevor man die Prozedur der Bildung des EVTZ beendet hat, wurde eine monatelange Diskussion geführt, während deren man sich bemühte, die Hauptdefizite in der Zusammenarbeit zu identifizieren. Eins der wichtigsten Defizite, die man gemeinsam identifizierte, war der Mangel an dem Rechtssubjekt und an einem gemeinsamen Organ, das das Ganze repräsentieren könnte. Besonders belastend war der Mangel an dem gemeinsamen Haushalt. Die Zusammenarbeit störte zugleich das geographische Ungleichgewicht. Die bestehende Zusammenarbeit war zu schwach wahrgenommen, sowohl in den politischen als auch in den sozialen Kategorien.

Am 1. Februar 2010 hat man alle Formalitäten zu Ende geführt. Die Satzung und Konvention wurden angenommen. Auf ihnen beruhend hat man den Generalsekretär und den Rat des Eurodistrikts berufen, der aus 48 Mitgliedern besteht. Bald soll der Rat um zwei neue Mitglieder, die Regierungsvertreter aus Deutschland und Frankreich, erweitert werden. Das bis jetzt geltende Einstimmigkeitsprinzip ersetzte man durch das Mehrheitsprinzip. Frau Simon-Studer ist der Meinung, dass die Nationalität schon keine Bedeutung mehr haben wird und das ist etwas sehr Originelles. Der Rat wählt zugleich einen Präsidenten und einen Stellvertreter für zwei Jahre. Man hat auch einen Vorstand mit 14 Mitgliedern berufen.

Zu den Hauptprioritäten der Zusammenarbeit wurden die gemeinsam vereinbarte Entwicklung der ganzen Region und die Einbeziehung der Einwohner dieses Gebiets in den ganzen Prozess. Die Hauptziele auf der lokalen Ebene sind: Vereinbarung der Hauptrichtlinien, Lokalisierung der Zusammenarbeit im Rahmen der Metropolregion des ganzen oberen Rheins, Bildung der innovativen Lösungen innerhalb der Verwaltung (ein Beispiel für das Treffen der Entscheidungen gemäß dem Mehrheitsprinzip), Entwicklung der grenzüberschreitenden interkulturellen Kompetenzen, die als politische Kultur des Treffens der gemeinsamen Entscheidungen verstanden wird, Verankerung der Zusammenarbeit in den regionalen Strukturen der grenzüberschreitenden Arbeit.

Auf der europäischen Ebene hat man sich folgende Hauptziele gesetzt: die Teilnahme an der Diskussion über die zukünftige territoriale Kohärenz (die vorbereitete Vorschläge hat man schon nach Brüssel gesendet), durch die Annahme der innovativen Lösungen wird sie zu einem *Labor* der europäischen Integration.

Frau Simon-Studer behauptet, dass die Hauptherausforderungen auf der formalen Ebene in der Bestimmung der Rolle und der Teilnahmeformel der Regierungen in der neuen Struktur bestehen (natürlich muss man hier Kompetenzen übergehen, die die Zustimmung für die Bildung und Funktionieren des EVTZ betreffen). Deutschland sieht sich als einen Beobachter an, Frankreich dagegen will ein gleichberechtigtes Mitglied dieser Struktur sein, der auch den Mitgliedsbeitrag bezahlt. Die Zentralbehörde in Frankreich will auch seinen Vertreter im Vorstand haben, was für die deutsche Seite zu einem Problem wird, weil der EVTZ seinen Sitz auf der französischen Seite hat und das französische Gesetz auf diese Weise eine größere Rechtskraft hat. Auch die Überwachungsinstitution befindet sich auf der französischen Seite. Man kann also nicht erwarten, dass ein deutscher Beamter sich einem anderen Gesetz als dem eigenen unterordnet.

Eine andere Herausforderung sind verschiedene Rechtssysteme und aus ihnen resultierende verschiedene Kompetenzen für die beteiligten Partner. Die Verwaltung auf beiden Seiten des Rheins ist sehr unterschiedlich und anders konstruiert. Die Rednerin betont aber, dass die Schlüsselfrage das gegenseitige Vertrauen und der Wille der guten Zusammenarbeit sind. Deshalb hat man in die Vereinbarung eingetragen, dass das wichtigste Ziel die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist und alle übrigen Fälle nur gelegentlich gelöst werden sollen. Der Nachdruck wird vor allem auf die Realisierung der gemeinsamen Projekte gelegt und auf die entstehenden Herausforderungen reagiert man aktuell. Wenn man nach einer Lösung des Problems sucht, findet man richtige und neue Lösungen.

Zum Abschluss ihrer Rede wies Frau Simon-Studer auf den Katalog der Eigenschaften, Kompetenzen und Fähigkeiten hin, die die Zusammenarbeit erleichtern: die Beschränkung des Denkens in den nationalen Kategorien, die Betrachtung der Dinge aus anderer Perspektive, der Suche und die Aufgeschlossenheit auf innovative Lösungen, das europäische Denken, die Kompetenz für Verhandlungen mit den beteiligten Institutionen, die Fähigkeit zur Präsentation gegebener Angelegenheit, die Fähigkeit zum Lobben sowohl auf der nationalen als auch auf der europäischen Ebene.

Stef Geert Vande Meulebroucke
Generaldirektor der Eurometropole Lille-Kortrijk-Tournai
Das französisch-belgische Grenzgebiet

Die Eurometropole Lille-Kortrijk-Tournai wurde am 28. Januar 2008 ins Leben gerufen und war der allererste EVTZ in Europa. Herr Vande Meulebroucke betonte, dass über zwei Jahre der Tätigkeit eine große Erfahrung sammeln zuließ, obwohl er nicht feststellen kann, dass er alles über den EVTZ weiß. Bestimmt kennt er sehr gut Probleme, die mit der Bildung der Gruppierung verbunden sind. Die Eurometropole Lille-Kortrijk-Tournai liegt in dem französisch-belgischen Grenzgebiet und umfasst drei Regionen. Man spricht hier zwei Sprachen: Französisch (75% des Gebiets) und Niederländisch (25%). Im Moment ist eigentlich das ganze Team des EVTZ schon komplett – außer dem Direktor (Herrn Vande Meulebroucke) gehören zu ihm noch: ein Verwaltungskoordinator, ein Koordinator für Kommunikation, vier Koordinatoren der Projekte und eine Sekretärin. Die Eurometropole entstand in einer ähnlichen Umgebung wie die Umgebung Stettins, es handelt sich nämlich um eine grenzüberschreitende Agglomeration. Die Eurometropole liegt zwischen drei sehr wichtigen Europas Metropolen: Paris (weniger als eine Stunde mit dem Zug), London (über eine Stunde mit dem Zug) und Brüssel (35 Minuten mit dem Zug). Die Agglomeration mit 2 200 000 Einwohnern wird zu den 30 größten Agglomerationen in Europa gezählt und das Verhältnis zwischen den Franzosen und Belgiern beträgt etwa 50:50. Das resultiert aus dem Streben nach dem sowohl politischen als auch dem finanziellen Gleichgewicht – 25% des Haushalts der Eurometropole stammt aus dem wallonischen Gebiet, 25 % aus dem flämischen und 50 % aus dem französischen. Die Gründung des EVTZ erfolgte aus einer jahrelangen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. 1991 fand die erste Konferenz der grenzüberschreitenden Gemeindeorganisationen statt. Die offizielle Vereinbarung über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurde im Jahr 2002 unterschrieben. Es entstand eine französisch-belgische parlamentarische Arbeitsgruppe, deren Ziel war, die Probleme im Grenzgebiet zu identifizieren, in Form einer Liste zu verzeichnen und die besten Formen der Zusammenarbeit in den problematischen Gebieten vorzuschlagen. Sogleich die EVTZ-Verordnung erschien, überzeugte man schnell die Vertreter der Regionen, die zur Eurometropole gehören und begann die Gründung der ersten Gruppierung in Europa. 2009 hat man das Komplettieren des EVTZ-Teams begonnen. Es gab dabei Probleme mit

den Arbeitsverträgen und noch bisher braucht man für einige von ihnen die Zustimmung der französischen Regierung.

Eine wesentliche Rolle in der Bildung der Gruppierung spielten Untersuchungen, die man im Grenzgebiet in den Jahren 1998-2002 durchgeführt hat und die potenzielle Bereiche der Zusammenarbeit zeigten. Diese Untersuchungen betrafen aber nur die Zusammenarbeit auf der Stadtebene, deshalb brauchte man eine breitere Auffassung dieser Zusammenarbeit. Eine große Bedeutung hatte hier die Arbeit einer parlamentarischen Gruppe, zu der die Vertreter der Regionen aus Frankreich und Belgien gehörten. Diese Gruppe verpflichtete sich zu der Beseitigung der rechtlichen Hindernisse, die im Weg zur Gründung des EVTZ standen.

Letztendlich konnte man mit der Bildung der Gruppierung beginnen. Natürlich hat der EVTZ ein paar interessante Sondereigenschaften und die wichtigste ist die Rechtsfähigkeit. Herr Vande Meulebroucke betonte, dass man in der Eurometropole eine komplexe Auffassung von den Zusammenarbeitsstrukturen angenommen hat. Das bedeutet, dass man alle möglichen und kompetenten Institutionen zur Unterzeichnung der Vereinbarung eingeladen hat, um eine dauerhafte Partnerschaft zu beschließen. Sehr interessant ist die Regel der sog. doppelten Paritäten, gemäß deren der Gruppierungsvorstand gewählt wird. Jedes Jahr gibt es eine Rotation unter den Vorsitzenden aus Frankreich und Belgien, außerdem stammen die belgischen Vorsitzenden mal aus Flandern und in der nächsten Amtszeit aus Wallonien.

Die Eurometropole bilden also zwei Staaten, Frankreich und Belgien. Auf der französischen Seite liegt die Region - Nord-Pas-de-Calais und auf der belgischen - Wallonien und Flandern. Wenn es sich um eine genauere Verwaltungsstruktur beider Länder handelt, gehört zu der Gruppierung auf der französischen Seite das Departement Nord und in Belgien - Provinzen Westflandern und Hennegau.

Die Organisationsstruktur der Eurometropole beruht auf dem Präsidium und der Versammlung, zu denen 84 Mitglieder gehören und dem Vorstand, der aus 32 Personen besteht, unter Berücksichtigung der doppelten Paritäten. Es funktioniert hier auch die Bürgermeisterversammlung der die Metropole bildenden Gemeinden - sie ist aber kein Entscheidungsorgan, sondern hat informative und kommunikative Funktionen. In der Struktur der Gruppierung kann man eine politische und technische Ebene unterscheiden. Es funktionieren 6 thematische Komitees, die spezielle Projektgruppen beschließen. Von großer Bedeutung ist auch die Teilnahme der Gesellschaft an den EVTZ-Strukturen - dem

speziellen Forum gehören 60 Vertreter der verschiedenen sozialen und beruflichen Gruppen an, zu 30 aus jedem Land.

Der Mehrwert der Eurometropole ist vor allem die Tatsache, dass sie keine staatliche Institution ist und keiner der beiden Staaten die Gruppierung dominieren kann. In der Organisationsstruktur herrscht ein Gleichgewicht, sowohl zwischen den Ländern und Regionen als auch den Städten, unabhängig von ihrer Größe und der Bevölkerungszahl. Herr Meulebroucke stellte fest, dass die Gruppierung einem Labor ähnelt, in dem man neue Denkmodelle entdeckt. Der EVTZ ist keine steife Struktur, wie einige vermuten könnten. Er bietet viele Möglichkeiten zur Einführung der europäischen Projekte auf eine flexible Weise dank der Teilnahme an den Strukturen der Vertreter der Verwaltungsbehörde und Gesellschaft auf verschiedenen Ebenen. Wenn wir also „ein regionales Europa“ ein *Bottom-up* – Europa haben wollen, ist der EVTZ das beste Instrument dazu. Das vielseitige Regieren ist sehr wichtig. In der Eurometropole gibt es alle Ebenen. Das ist sehr wichtig, wenn man effektiv sein will.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt konzentriert sich die Eurometropole auf die Bearbeitung einer guten und zugleich einer einfachen und knappen Operationsstrategie, indem sie sich auf die Arbeiten der sechs Arbeitsgruppen und die Analyse aller realisierten INTERREG-Programme stützt. Diese Strategie wird dann in den Gesprächen mit der Kommission verwendet, damit diese sie in ihren Programmen berücksichtigen könnte. Auf diese Weise ist die Eurometropole nicht nur ein passiver Beobachter, sondern sie kann auch die Kommission zur Berücksichtigung der realen Bedürfnisse ihrer Region bewegen.

Es ist notwendig über die Strukturen der Gruppierung nicht nur jetzt, sondern auch in einigen Jahren nachzudenken. Herr Meulebroucke wendet hier die Auffassung an, die als offene Innovation bezeichnet wird. Das bedeutet nicht nur eine Grenzeröffnung, sondern auch eine Öffnung des Verstandes. Wir leben in einer mobilen Gesellschaft, es gibt schon keine Grenzen zwischen den Wirtschaften, der Wissenschaft und den Kulturen. Die Kreativität ist eine auslösende Kraft für diese Bereiche. So ist eben die offene Kreativität und das ist eine Strategie, die im Gebiet der Eurometropole angewendet wird.

Im Resümee seiner Rede verwies Herr Meulebroucke auf zwei wichtige Fragen. Ersten: nicht nur die Struktur des EVTZ ist wichtig, sondern auch die „Chemie“, die schon auf der ersten Ebene beginnt. Die Eurometropole hatte Glück, dass in ihre Bildung sich drei prominente Politiker einbezogen haben. Obwohl sie aus verschiedenen Regionen

stammten und unterschiedliche politische Optionen repräsentierten, konnten sich sehr gut verstehen. Diese „Chemie“ wird jetzt in die Arbeitsgruppen eingeführt – das ist der beste Weg zur Bildung eines guten EVTZ. Zweitens: er schlug vor, dass alle schon bestehenden EVTZ mit sich noch enger zusammenarbeiteten. Deshalb soll im Januar 2011 eine Konferenz stattfinden, an der sowohl die Vertreter der schon funktionierenden Gruppierungen als auch dieser, die noch gebildet werden, teilnehmen.

Martine Kirchhoff

Das deutsch-französisch-luxemburgische Grenzgebiet: Großregion/Grande Région

Zu Beginn präsentierte sie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Großregion, indem sie auf den historischen, wirtschaftlichen und politischen Kontext der jetzt realisierten Zusammenarbeit hinwies, an der Regionen der vier EU-Mitgliedsländer teilnehmen (Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien). Das von ihr vorgestellte Referat konzentrierte sich aber auf die Zusammenarbeit im Rahmen der INTERREG-Operationsprogramme. Indem sie mit den klassischen Formen begann und mit der Lokalisierung dieser Zusammenarbeit im Rahmen des EVTZ endete, erklärte sie, wie sich die Verwaltung dieses Programms entwickelte.

Im Zeitraum von 2000 bis 2006 war das INTERREG-III Programm auf dem Gebiet der Großregion in 3 kleinere Unterbereiche geteilt, was häufig die Realisierung gemeinsamer Projekte verhinderte. Die in dieser Zeit gesammelte Erfahrung konnte nur zu einer Schlussfolgerung führen: die Aufteilung in drei verschiedene Unterstützungsbereiche im Rahmen der breiteren institutionellen Zusammenarbeit entsprach nicht mehr den Bedürfnissen und garantierte nicht, dass die schon bestehenden und auch entstehenden Probleme in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit effektiv gelöst werden konnten. Außerdem entsprach der Zusammenschluss der drei Programme zu einem Größeren den von der Europäischen Kommission geforderten Standards.

Während des 9. Gipfels der Großregion (das Treffen der höchsten politischen Vertreter der an der Zusammenarbeit teilnehmenden Regionen) hat man eine Entscheidung über die Änderung der bisherigen ungünstigen Situation und über die Bildung eines gemeinsamen Programms für den ganzen Unterstützungsbereich getroffen. Während desselben Treffens hat man entschieden, dass das Programm in Anlehnung an

die Struktur des EVTZ weiter verwaltet wird. Der EVTZ soll die belgische Institution, die bisher das INTERREG-Programm auf dem Gebiet der Großregion geleitet hat, ersetzen und ihre Pflichten übernehmen. Zu den Hauptvorteilen dieser Änderung kann man größere Neutralität und Flexibilität der Zusammenarbeit und bessere Anerkennung auf der europäischen Ebene zählen.

Mit den Arbeiten an der Bildung von neuen Strukturen konnte man erst im Jahr 2009 beginnen, weil nicht alle an dieser Zusammenarbeit teilnehmenden Länder entsprechende Ausführungsbestimmungen der EVTZ-Verordnung in ihr nationales Recht implementiert hatten. 2009 kamen die Arbeiten in Gang und noch in demselben Jahr führte man alle notwendigen Konsultationen und Prozesse durch. Man hat entschieden, dass der Sitz des zukünftigen EVTZ Lothringen sein wird unter dem Vorsitz des Präfekten der Region Lothringen. Ende des Jahres wurde eine entsprechende Information dem Ausschuss der Regionen weitergeleitet. Im April 2010 hat man im Amtsblatt der Europäischen Union die Satzung der Gruppierung veröffentlicht. Der erste und bisher einzige EVTZ in Europa, der die Tätigkeit der Verwaltungsbehörde eines INTERREG-Programms verrichtet, ist Tatsache geworden. Am Programm nehmen 11 Partner teil, die Entscheidungen werden einstimmig getroffen und der gesamte Betrag für die Durchführung der Projekte beläuft sich auf 212 Millionen Euro.

Zum Abschluss ihrer Rede betonte sie, dass die Gründung eines EVTZ kein Ziel als solches ist. Der EVTZ ist lediglich ein juristisches Werkzeug der administrativen Zusammenarbeit. Zur Bildung eines wirksamen EVTZ braucht man aber eine sehr gute Zusammenarbeit und das gegenseitige Vertrauen der Partner.

GRÜNDUNGSKONZEPTE EINES EVTZ AUF DEM GEBIET DER EUROREGION POMERANIA

Piotr Krzystek

Metropolitane Dimension des EVTZ

Der Stadtpräsident von Stettin hat in seiner Rede vorgeschlagen, dass der EVTZ das Ausmaß einer Metropolregion haben soll. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Stand der gegenseitigen Beziehungen viel höher. Das betrifft auch den Stand der Zusammenarbeit, die sich in den grenzüberschreitenden Realien ansiedelt und deshalb konkreter und effektiver sein kann.

Der EVTZ hat erst dann den Sinn, wenn alle im Grenzgebiet von seiner Struktur, Idee und Vorbereitung überzeugt sind. Wenn das Projekt nur den Bestrebungen einer engen Gruppe von Akteuren angepasst ist, wird er immer ein unvollkommenes Projekt sein. Herr Krzystek betonte, dass der gegenseitige Austausch der Erfahrungen und Überlegungen eine Chance darauf ist, dass diese Idee und ihre Realisierung am besten den Bedürfnissen aller an diesem Projekt teilnehmenden Akteure entsprechen werden.

In seiner Rede berührte der Stadtpräsident Krzystek folgende Fragen: die grenzüberschreitende Zusammenarbeit determinierende Faktoren und Prozesse; mögliche Ebenen der Zusammenarbeit; Bedingungen des effektiven Funktionieren des EVTZ; Prinzipien der Zusammenarbeit; Ziele und Bereiche der Zusammenarbeit; weitere Schritte, die man in der nächsten Zeit unternehmen soll, um den Prozess erfolgreich zu beenden.

Als die grenzüberschreitende Zusammenarbeit determinierende Faktoren und Prozesse wurden genannt:

- Prinzipien, die die Finanzierung im Rahmen des INTERREG-Programms bestimmen. Das ist eine Finanzierung, die viele gemeinsame Prozesse ausgelöst hat. Dank ihr war ein konkretes Handeln möglich;
- Beitritt Polens zur Schengen-Zone. Das Phänomen der Ansiedlung von polnischen Bürgern im Grenzgebiet;
- Bewerbung Stettins um den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt. Dieses Projekt trug auf große Weise zu der Zusammenarbeit bei und verursacht

gegenseitige Unterstützung im Bereich Kultur, die wichtig für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Arbeit ist;

- Änderungen in der wirtschaftlichen und demographischen Struktur im Bereich der ganzen Euroregion Pomerania;
- Perspektive der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für polnische Bürger;
- Diskussion über Instrumente und Programme der territorialen Zusammenarbeit in der neuen finanziellen Perspektive 2004-2020.

Der Stadtpräsident Krzystek stellte auch Vorschläge der möglichen Ebenen der Zusammenarbeit im Rahmen des EVTZ vor, zu denen zählte er:

- Verwaltung der Strukturfonds;
- Durchführung der strategischen Zusammenarbeit;
- Eventuell als Instrument zur Realisierung des Zusammenarbeitsprojektes.

Eine qualitative Änderung kann aus der Perspektive der Metropolregion Stettin eine strategische Zusammenarbeit durch die Realisierung gemeinsamer Projekte sichern. Man strebt danach, dass die im Rahmen dieser Projekte gewählten Prioritäten kohärent waren und gemeinsam ein Programm für die Metropolregion bildeten. In diesen Projekten gibt es keinen Platz für die Zufälligkeit.

Bedingungen des effektiven Funktionierens des neuen Instruments der Zusammenarbeit in dem organisatorischen Aspekt sind:

- Das Vertrauen und der Informationsstrom, die mit den geplanten Initiativen als eine Grundlage verbunden sind;
- Koordination des Handelns und die Vereinbarung der gemeinsamen Standpunkte;
- Beteiligung der Personen mit hohen sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen, die zugleich in die Stadt-, Kreis- und Regionalstrukturen einbezogen sind;
- Absonderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von der allgemeinen internationalen Zusammenarbeit;
- Garantierung der finanziellen Mittel für die Zusammenarbeit.

Mögliche Ebenen der Zusammenarbeit im Projektaspekt sind:

- Realisierung der Projekte, die die starken Seiten der polnischen und deutschen Partner berücksichtigen;
- Realisierung der Projekte, die die Interessen und Bedürfnisse aller beteiligten Partner berücksichtigen;
- Unternehmen der Initiativen, die in den gesetzlich gewährten Kompetenzen enthalten sind;
- Interdisziplinarität der unternommenen Initiativen und die Bestimmung der vorrangigen Bereiche der Zusammenarbeit;
- Realisierung der Projekte, die eine Subvention aus den EU-Mitteln und anderen Quellen bekommen können.

Prinzipien der Zusammenarbeit erfolgen aus den allgemeinen Regeln in der Europäischen Union:

- Prinzip der Partnerschaft;
- Subsidiaritätsprinzip;
- Prinzip der lokalen und regionalen Selbstbestimmung;
- Multilevel-Governance-Prinzip, gemäß dessen man in das kohärente Handeln alle Akteure auf jeder Selbstverwaltungsebene einbeziehen soll.

Ziele der Zusammenarbeit:

- Vernetzung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Ebene der grenzüberschreitender Arbeit;
- institutionelle und organisatorische Vorbereitung der Metropolregion Stettin auf die neue Finanzierungszeit 2004-2020;
- Ausarbeitung und die gemeinsame Einführung des komplexen und systemhaften Programms der territorialen, sozialen und wirtschaftlichen Kohärenzverbesserung im Bereich der Euroregion Pomerania.

Vorgeschlagene Gebiete der Zusammenarbeit:

- Die Kultur und der Europäische Kulturbereich;
- Zweisprachigkeit, die der Stadtpräsident als sehr wichtig ansieht. Im Rahmen der Beseitigung von sprachlichen Barrieren entwickeln sich in Stettin sehr gut

Programme der Zweisprachigkeit in den Grund-, Mittel- und Oberschulen. An dem zweisprachigen System nehmen zurzeit über 10 Tausend Jugendliche teil;

- Berufsbildung. In diesem Bereich tauchen Probleme mit der gegenseitigen Anerkennung der Berechtigungen auf;
- Jugendzusammenarbeit. Die Jugend knüpft am leichtesten die grenzüberschreitenden Beziehungen an;
- Unterstützung der sozialen und wirtschaftlichen grenzüberschreitenden Mobilität;
- Zukunft des EVTZ. Regelmäßige Konsultationen der Vertreter der Wirtschaft, Verwaltung, Bildung und der Nichtregierungsorganisationen.

Indem der Stadtpräsident Krzystek weitere Schritte erwähnte, betonte er, dass man unbedingt über die institutionelle Struktur des EVTZ nachdenken soll. Wichtig ist ein politischer Ausweis zum Handeln in Anlehnung an die ausgearbeitete Strategie. Unerlässlich ist vor allem die Teilnahme der Exekutivorgane der Selbstverwaltungen, also der Gemeindevorsteher, Bürgermeister und Stadtpräsidenten, um politische Unterstützung zu bekommen. Diese politische von den Legislativorganen akzeptierte Unterstützung soll die Grundlage zur Bildung einer solchen Struktur sein.

Eine weitere wichtige Frage ist das technische Sekretariat. Es werden es Menschen bilden, die durch weitere Projekte für die Realisierung der einzelnen Handlungsrichtungen verantwortlich sind. Es soll sein Experten hinterland haben, das die aktuellen grenzüberschreitenden Prozesse analysiert. Der Stadtpräsident betont, dass es wichtig ist, in dieses Unternehmen Menschen einzubeziehen, die mit politischer und sachlicher Distanz darauf schauen, was im grenzüberschreitenden Bereich geschieht und im Stande sind, neue Handlungsrichtungen auszuarbeiten. An der Spitze von solchem Rechtssubjekt soll ein Direktor stehen, der für die Realisierung und Koordinierung der ausgesetzten Tätigkeiten zuständig ist und der von den beteiligten Partnern berufen wird. Die Vorbereitung solcher Institution bedeutet keine Zession der grenzüberschreitenden Kompetenzen, sie bleiben weiter bei den Akteuren, die den EVTZ bilden. Man darf nicht vergessen, dass er ein Instrument ist, das die Zusammenarbeit erleichtern soll, er darf aber die Rolle der Akteure, die ihn bilden, nicht ersetzen.

Piotr Krzystek ist der Meinung, dass die Chance, die der EVTZ gibt, groß ist. Dank dieser Gruppierung ist es möglich, sich denjenigen grenzüberschreitenden Gebieten in Europa anzuschließen, die gut die aus ihrer Nachbarschaft resultierende Chance nutzen.

Paweł Bartnik**Direktor des Vereins der Polnischen Gemeinden der Euroregion Pomerania***Euroregionale Dimension des EVTZ*

Der Direktor des Vereins der Polnischen Gemeinden der Euroregion Pomerania präsentierte die euroregionale Konzeption der Bildung von EVTZ im Bereich der Euroregion Pomerania.

Während der Diskussion über den EVTZ an der deutsch-polnischen und vielleicht auch an der deutsch-polnisch-schwedischen Grenze sollte man sich die Frage stellen: soll die Euroregion Pomerania weiter funktionieren? Die seit 1958 in Europa funktionierenden Euroregionen haben seiner Meinung nach, ähnlich wie die Euroregion Pomerania, ihre Funktion erfüllt. Die neue Wirklichkeit in Europa, auch an der deutsch-polnischen Grenze, erfordert aber vielleicht eine neue Struktur und Vereinbarung, die eine Chance auf bessere Realisierung der Zusammenarbeit zwischen den Partnern im grenzüberschreitenden Gebiet gäbe.

Herr Bartnik behauptet, dass es während der fünfzehnjährigen Tätigkeit der Euroregion Pomerania gelungen ist, viel zu erreichen. Einer der Erfolge ihrer Tätigkeit ist die Überwindung von sozialen Barrieren, die an der deutsch-polnischen Grenze funktionierten. Es ist auch gelungen, ein Netz der Selbstverwaltungs- und Institutionspartnerschaften zu bauen. Man hat eine Infrastruktur gebildet, die der Realisierung der gemeinsamen Aufgaben dient. Es entstand ein Netz der Kommunikationsverbindungen, und nicht nur auf der sozialen Ebene. Wenn es sich um die Verkehrsverbindungen handelt, gibt es natürlich noch viel zu tun aber schon jetzt sieht man eine große qualitative Änderung. Der polnische Teil der Euroregion Pomerania spielte eine große Rolle bei der Vorbereitung der Woiwodschaft Westpommern auf den EU-Beitritt.

Der Direktor des polnischen Teils der Euroregion Pomerania wies auch auf diese Fragen hin, die nicht realisiert wurden. Es ist zum Beispiel nicht gelungen, zur realen gemeinsamen Planung der Entwicklung des grenzüberschreitenden Gebiets zu führen. Auf beiden Seiten der Grenze funktionieren Vereine, die sich oft gemeinsam treffen und diskutieren aber, seiner Meinung nach, im Denken häufig an der Grenze stehen bleiben. Das Wort „gemeinsam“ wird selten verwendet.

Eine sehr gelungene Erfahrung ist das Gemeinsame Technische Sekretariat in Löcknitz, in dem polnische und deutsche Beamte arbeiten. Sie nehmen gemeinsam Anträge an und arbeiten gemeinsam mit den Benefizienten.

Bis jetzt wurden noch keine gemeinsamen Beschäftigungs-, Bildungs- und Verwaltungsstandards ausgearbeitet. Es ist auch nicht gelungen, die Metropolregion Stettin zu dem Entwicklungsführer des deutsch-polnischen Gebiets zu machen. Deshalb arbeitete die Euroregion Pomerania fünfzehn Jahre lang ihre Rolle nicht aus, für die sie gegründet wurde. Herr Bartnik betonte, dass sowohl das, was man schon erreichte, als auch das, was nicht realisiert wurde, die Frage seines subjektiven Gefühls ist.

Wie aus dem Vorstehenden hervorgeht, kann man überlegen, was man von der Gründung des EVTZ im Grenzgebiet erwarten soll und was die Euroregion Pomerania nicht gibt. Der EVTZ ist vor allem ein Rechtssubjekt, das das ganze geographische Gebiet der Euroregion Pomerania repräsentiert (auf der Grundlage der früher bei der Bildung der europäischen Gruppierung abgeschlossenen Vereinbarung). Er ist auch ein Rechtssubjekt der gemeinsamen Entwicklungsplanung, was bis jetzt nicht erreicht wurde. Er ist auch ein Rechtssubjekt, das ermöglicht, neue Finanzierungsquellen für die wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen der Partnerschaft zu finden.

Herr Paweł Bartnik als Mitglied des von dem Marschall der Woiwodschaft Westpommern berufenen Teams brachte mehrmals die Themen der Diskussionen vor, die im Rahmen des Teams geführt wurden und die Gründung des EVTZ betrafen. Die Stellung der Hauptversammlung des Vereins der Polnischen Gemeinden der Euroregion Pomerania, also aller Gemeinden und Landkreise der Woiwodschaft Westpommern, verpflichtete den Vorstand des Vereins zur Bildung des EVTZ. Auf dem Sejmik der Woiwodschaft wurde ein Beschluss gefasst, der solche Richtung dem Marschall und dem Vorstand befohlen hat. Im formellen Sinn bekam die polnische Seite eine politische Unterstützung zur Gründung des EVTZ.

Der Meinung des berufenen Teams nach soll der EVTZ folgende Partner haben: die Kommunalgemeinschaft der Euroregion Pomerania, den Verein der Polnischen Gemeinden der Euroregion Pomerania, die Woiwodschaft Westpommern, die Stadt Stettin. Das ist ein offenes Projekt, man kann also andere Partner zu ihm einladen, z.B. das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus in Schwerin, das Ministerium für Regionalentwicklung in Warschau.

Die dringendsten Aufgaben für das grenzüberschreitende Gebiet, die von dem auf diese Weise ins Leben gerufenen EVTZ realisiert werden:

- Verwaltung der europäischen Fonds INTERREG in der Beitrittszeit 2004-2020;
- Planung der Entwicklung des grenzüberschreitenden Gebiets, das das Gebiet der heutigen Euroregion Pomerania auf der deutschen und polnischen Seite umfasst;
- Inspirieren der potenziellen Benefizienten zur Realisierung der gemeinsamen deutsch-polnischen Projekte;
- ständige Kontrolle der wirtschaftlichen und sozialen auf dem Gebiet der Pomerania vorkommenden Änderungen und das Empfehlen aller unerlässlichen Korrekturen des angenommenen Entwicklungsprogramms.

Herr Bartnik betonte, dass der EVTZ nicht die einzige Gruppierung auf dem besprochenen Gebiet sein muss. Es gibt natürliche europäische Gruppierungen, die nicht so genannt sind aber ihre Interdependenz große Bedeutung hat. Möglich also scheint die Bildung von EVTZ der Inseln Usedom und Wollin und EVTZ des Unteren Odertals.

Peter Heise

Geschäftsführer der Kommunalgemeinschaft Euroregion Pomerania e.V.

Zum Beginn seines Referats knüpfte Herr Heise an die Vorträge seiner Vorredner an. Er wies darauf hin, dass man es im deutsch-polnischen Grenzgebiet, auf dem Gebiet der EUROREGION POMERANIA mit einer völlig anderen Situation zu tun hat als in anderen Grenzgebieten der Bundesrepublik. Der Ausgangspunkt der Zusammenarbeit ist geschichtlich betrachtet ein bisschen anders zu bewerten:

- die deutsch-polnische Grenze, von der die Rede ist, besteht erst 65 Jahre;
- die soziale Struktur ist sehr gemischt. Es fehlt an der einheimischen Gemeinschaft; auf beiden Seiten gibt es die Umsiedler;
- und machte daher auf das Bottom-up-Prinzip zur Entwicklung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit aufmerksam.

In seiner Rede knüpfte er an die schwierige Entstehung der EUROREGION POMERANIA an, wo von den ersten Vereinbarungen an bis zu den Schlussfestlegungen im Vertrag zur Gründung der EUROREGION fünf Jahre vergingen. Es war die Zeit der schwierigen

Verhandlungen und der Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie zur Entwicklung der Grenzregion.

Die Partner aus Schweden brauchten noch drei weitere Jahre, um eine Entscheidung über die Teilnahme an der Zusammenarbeit zu treffen. Diese Aspekte zwingen seiner Meinung nach die Partner dazu, die Bildung eines EVTZ in anderen Kategorien und aus anderer Sicht zu betrachten als im Fall der in westliche Länder lokalisierten EVTZ.

Die Struktur und der Rahmen der Zusammenarbeit in einen EVTZ werden zwar ähnlich aussehen, aber die Akzente dieser Zusammenarbeit müssen mit Blick auf die jüngere Geschichte, der unterschiedlichen Rechtssysteme, ein bisschen unterschiedlich gesehen werden. Insbesondere mit Rücksichtnahme auf die lokale und regionale Perspektive.

Er erinnerte auch an die anfängliche Diskussion, die auf der deutschen Seite geführt wurde und an die Vorurteile, die die Wahl Stettins zum Zentrum der EUROREGION POMERANIA begleiteten. Schließlich wurde Stettin das Zentrum und heute wird es von allen Partnern der EUROREGION so wahrgenommen.

In dem er sich auf die mit der Gründung eines EVTZ verbundenen konkreten Fragen äußerte, wies er darauf hin, dass die EUROREGION POMERANIA keine Rechtsfähigkeit hat und für das deutsch-polnische Grenzgebiet kein vergleichbares Karlsruher Abkommen gilt. Der Ausgangspunkt für die Gründung der EUROREGION waren die sich aus der Madrider Konvention ergebenden möglichen Regulierungen.

Er wies darauf hin, dass die Gründung des EVTZ eine freiwillige Konstruktion ist und niemand zu der Teilnahme an diesem Unternehmen gezwungen werden soll. Es ist sehr wichtig, den Mehrwert dieses Instruments EVTZ richtig einzuschätzen, dieses zusätzliche Element muss für alle Beteiligte sehr sichtbar sein.

Er bemerkte, dass die EUROREGION POMERANIA unter den derzeitigen Bedingungen vielleicht nicht ganz gut ihre Rolle in der Zusammenarbeit spielen kann, man soll sie aber nicht auflösen. Seiner Meinung nach ersetzt ein künftiges EVTZ die EUROREGION nicht.

Herr Heise verwies darauf, dass die Struktur des Instruments der Zusammenarbeit rechtlich sehr kompliziert ist und man nicht mit den schwierigsten Angelegenheiten beginnen soll. Der Prozess der Vereinbarungen zur Gründung eines

EVTZ, zum Beispiel mit den Gemeinden und Landkreisen in Deutschland, ist lang andauernd, was bestimmt den ganzen Prozess der Konsultationen verlängert.

Er konstatierte, dass die EUROREGION POMERANIA weiter funktionieren soll und die günstigste Variante für ein eventuelles EVTZ zwischen dem Marschallamt, der Wojewodschaft Vorpommern und den Kommunalgemeinschaften der Europaregion POMERANIA bilden, wären.

Indem er mit den zur Bildung des EVTZ verbundenen komplizierten Rechtsfragen fortsetzte, betonte er, dass, wenn die Partner an die Verwaltung des INTERREG-Programms denken, man überlegen muss, ob die jetzigen Partner - sprich die Länder - bereit dazu wären, ihre Kompetenzen auf ein solches EVTZ zu übertragen und ob es nicht sinnvoller wäre, sie in diesen Prozess einzubeziehen.

Genauso schwieriger Punkt zur Bestimmung soll die Fähigkeit zur Führung des EVTZ und die Bestimmung seiner Haftung sein. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass der EVTZ auf der Grundlage des jetzigen Gemeinsamen Technischen Sekretariats (GTS) gegründet würde, das in der Zukunft die Aufgaben des EVTZ übernehmen könnte.

Argumente, die für ein solches Handeln sprechen, sind die jahrelange Zusammenarbeit der GTS-Mitarbeiter, die seit Jahren einander kennen und gemeinsam an der Realisierung verschiedener Projekte arbeiten. Sie kennen die Prozeduren, die im Rahmen der grenzüberschreitenden Programme gelten. Ein weiteres Argument, zu dem auf der Konferenz vorgestellten Beispiel, lautet, dass im Gegensatz zu der dortigen Konstruktion tatsächlich die lokalen und kommunalen Einrichtungen im Interesse der Grenzregion handeln. In dem als Beispiel vorgestellten EVTZ sind es die Regierungseinrichtungen, ohne die kommunalen Einrichtungen und ohne EUROREGIONEN, was sicherlich nicht unseren Interessen entspricht.

DIE PODIUMSDISKUSSION I: METROPOLITANE DIMENSION DES EVTZ

Daniel Wacinkiewicz eröffnete die Diskussion mit der Frage nach der Richtigkeit der Gründung des EVTZ in der grenzüberschreitenden Dimension, nach spezifischen Eigenschaften, die diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit spezifizieren und nach den Möglichkeiten des Handelns auf der Selbstverwaltungsebene.

Auf die gestellte Frage antwortete Herr **Jose Antonio Ruiz de Casas**, dass man ohne EVTZ so leben kann, wie ohne Mikrofone oder ohne grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Das bedeutet, dass der EVTZ nicht notwendig ist. Man soll aber darüber nachdenken, was für einen Mehrwert dieses Instrument uns gibt. Der Schlüssel ist das schon erwähnte Vertrauen, das darin besteht, dass man bestimmte Kompetenzen der Selbstverwaltung übergibt. In der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit handelt es sich nicht nur um ihre horizontale oder vertikale Dimension, um die Bottom-up vs. Top-down-Betrachtungsweise – wichtig ist eben das Vertrauen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit kann sich als sehr nützlich für die Verbesserung der internen Zusammenarbeit auf allen Ebenen der Verwaltung erwiesen. Die Erfahrung zeigt, dass dem Misserfolg einiger Gruppierungen die Landesregulierungen zugrunde lagen. Die EVTZ-Verordnung trat 2006 in Kraft, erste den EVTZ betreffende Landesregulierungen erschienen erst zwei Jahre später. Die Hauptursache ist die Abneigung der Staaten. Herr de Casas äußerte sich zu der Aussage von Przemysław Gombiak aus dem Außenministerium, der feststellte, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Außenpolitik des Staates liege. Herr de Casas ist dagegen der Meinung, dass sie mehr die Domäne der EU-Regionalpolitik ist, also der ausländischen Beziehungen, an denen andere Akteure teilnehmen. In der klassischen Auffassung sind die ausländischen Beziehungen etwas Anderes als die Auslandspolitik, die die Domäne der Zentralbehörde ist. Die ausländischen Beziehungen sind ein breiteres Begriff, der die Kompetenzen der Gemeinden, Regionen und anderer Akteure umfasst. Das gegenseitige Vertrauen bildet die Grundlage der Verwaltung auf vielen Ebenen, mit verschiedenen Formen der Zusammenarbeit auf den einzelnen Ebenen. Der EVTZ integriert die beteiligten Akteure und sein Mehrwert ist das potenzielle Vertrauen.

Herr **Stef Geert Vande Meulebroucke** wies auf die außergewöhnliche Lage und Geschichte Stettins auf. Man darf aber nicht vergessen, dass jede Region ihre Geschichte und ihre Probleme hat. Ähnlich war in der Eurometropole. Anfangs gab es dort keine Kohärenz. Wenn man die Tatsache berücksichtigt, dass in Belgien die Regionen miteinander kämpfen und in Frankreich so viel von den Zentralbehörden abhängig ist, kann man sich bewusst machen, was für eine Herausforderung die Gründung des EVTZ war. Das ist eben eine Aufgabe für die Politik. Vor allem handelt sich hier um die sog. „Ehe aus Vernunft“. Sie bedeutet, dass wir uns vor allem von der Rationalität leiten lassen und glauben, dass mit der Zeit auch die „Liebe“ kommt.

Herr Meulebroucke äußerte sich auch zu einem der EU- Hauptprinzipien – dem Subsidiaritätsprinzip. Sie bedeutet, dass die Zentralbehörden ihre Kompetenzen nicht den Selbstverwaltungen übergeben müssen, wenn sie im Stande sind, entsprechende Aufgaben besser zu erfüllen. Dennoch nur bei der Beteiligung von Institutionen aller Ebenen kann man die Behörden zur Verbesserung der Politik auf niedrigen Ebenen bewegen. In diesem Kontext kann man nicht vergessen, dass Europa zurzeit nicht anführt, sondern nur dem Welttrend der Entstehung der grenzüberschreitenden Metropolen folgt. Die Staaten und Regionen können diesen Prozess nicht blockieren. In der Eurometropole brauchte man 19 Jahre für die Überlegungen und Untersuchungen. In dieser Zeit gab es den EVTZ noch nicht. Sobald es nur die Möglichkeit gab, solche Gruppierung zu gründen, wartete man dort nicht auf Tausende Seiten der gemeinsamen Strategie, sondern man hat den Sprung gemacht. Anstatt der kompletten gemeinsamen Strategie, war hier das Gemeinschaftsgefühl am wichtigsten. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist viel effektiver, wenn sie auf die Solidarität beruht.

Pascale Simon-Studer betonte, dass der EVTZ mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit verbunden ist und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit viele Gemeinsamkeiten mit den Einwohnern der entsprechenden Region hat. Die Formalisierung und Verleihung der Rechtsfähigkeit den bisherigen Strukturen der Zusammenarbeit gab dem grenzüberschreitenden Gebiet Strasbourg/Ortenau die Möglichkeit, das EU-Instrument der Zusammenarbeit effektiver zu benutzen und erleichterte nicht nur die Beteiligung an dieser Zusammenarbeit der Partner auf allen Verwaltungsebenen, sondern auch der Regierungsbehörden.

Sie betonte zugleich, dass sie von der geplanten Revision der EVTZ-Verordnung die Möglichkeiten der Anwendung der aus dem Privatrecht resultierenden Regulationen erwarten. Es handelt sich hier vor allem um die Vereinfachung der Lösung von Problemen, die mit der Beschäftigung von Personen verbunden sind. Im Fall der Personen, die im EVTZ mit Sitz in einem der Mitgliedsländer beschäftigt sind, platziert sie das geltende Recht in einer sehr privilegierten Situation. Und das Wichtigste in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit soll doch die Angleichung der Bedingungen und die Ausglei chung der bestehenden Disproportionen sein.

Daniel Wacinkiewicz resümierte die vorigen mit der Bildung des EVTZ verbundenen Zweifel und betonte, dass man sie auch im Kontext des Beispiels für eine erfolgreiche Eurometropole betrachten soll. 19 Jahre, die notwendig waren, damit die Kooperationsprozesse zu dem gegenwärtigen Zustand kamen, zeigen, dass man in den Problemen nicht den Hauptgegner sehen muss, sondern sie für eine Herausforderung und Konsequenz im Handeln halten soll, die viel Zeit kosten können.

Die Ausgangsfrage ist, was das Vertrauen und der Wille zur Zusammenarbeit sind? In der Verwaltung, die auf vielen Ebenen geschieht, lässt sich Leistungsfähigkeiten erkennen, die nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der mächtigen Kraft, die in der Bürgergesellschaft die Nichtregierungsorganisationen repräsentieren, schlummern.

Marek Sztark

Szczecin 2016

Die Bewerbung Stettins um den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt 2016 beruhte unter anderem auf solcher Übermittlung, dass die Stadt besondere Beziehungen mit den Deutschen hat. Dieses Projekt hat bürgerliche Quellen. Auf der niedrigsten Ebene findet die strategische mit der Bewerbung Stettins um den Titel der KHE verbundene Planung und Diskussionen statt, was die Kultur in Stettin sein soll. Das Hauptmotto, das die Grundlage des Denkens wurde, ist die Kohärenzkraft auf der lokalen Ebene, denn es gibt viele mit der Kohärenz verbundene Probleme, und auch auf der europäischen Ebene, denn die deutsch-polnische Grenze war immer eine ziemlich steife Grenze. Herr Sztark ist der Meinung, dass Phänomene, die heutzutage im Grenzgebiet stattfinden, eine Kohärenzkraft haben.

In dem eingereichten Antrag wurde die Bestimmung der Gebiete, die die Feierlichkeiten der Europäischen Kulturhauptstadt 2016 umfassen würden, durch viele Diskussionen eingeleitet. Man hat vereinbart, dass es Stettin und seine Metropolregion sein soll, also Gemeinden, die sein natürliches Hinterland bilden und vor allem das sog. Kulturgebiet. Das gemeinsame Kulturgebiet wurde während der Diskussion und den Vorbereitungen für dieses Projekt definiert. Man erhielt eine außergewöhnliche Unterstützung von deutschen Partnern, und vor allem deutschen Selbstverwaltungsbehörden. Diese Unterstützung hatte höchstwahrscheinlich bürgerliche Grundlagen. Lokale Vereine und Animatoren initiierten solche Unterstützung für Stettin. Aus der Sicht der deutschen Rechtssubjekte hat sich erwiesen, dass diese Unterstützung authentisch war.

Die Einbeziehung in das gemeinsame Kulturgebiet sollte auf der Ebene der Bürger, der Teilnehmer an den kulturellen Ereignissen, und nicht auf der Ebene der Behörden stattfinden. Deshalb wurden Einbeziehungsprinzipien festgelegt, die aus den Erfahrungen der durchgeführten Diskussionen resultierten. Sie bestehen vor allem auf einer offenen Partnerschaft, also solcher, die neue Mitglieder der Partnerschaft erwartet. Die Einbeziehungsprinzipien beruhen auch auf dem Synergieeffekt, also der Bildung einer neuen Qualität, die dank dem Treffen der Partner von beiden Seiten der Grenze entsteht, und auf dem Zugang zu Kultur. Über diesen Zugang unterhalten sich sehr intensiv Mitglieder der Partnerschaft Transkultura, die schon seit ein paar Jahren über Barrieren im Zugang zu Kultur im Grenzgebiet diskutiert und Lösungen zu finden versucht, die bei der Nivellierung dieser Barrieren helfen könnten. Das gemeinsame Grenzgebiet würde zum Symbol der Vereinigung Europas. Einige Elemente der grenzüberschreitenden Kulturkreisläufe, also der gemeinsamen Faszinationen, der Wanderungen von Kunstwerken, für die es keine Rolle spielt, ob sie sich auf der deutschen oder polnischen Seite befinden, lässt sich schon beobachten. Das charakteristische Merkmal des Grenzgebiets ist auch die Forderung nach mindestens dem Versuch der Bildung von gemeinsamer Kulturpolitik im Grenzgebiet. Die nächste Forderung ist die gemeinsame kulturelle Bildung. Eine wichtige Etappe ist symbolisches Handeln, denn es kann die öffentliche Meinung ausarbeiten. Ein Fragment dieser Meinung ist z.B. der Radio-Sender Radio Szczecin Fm, der Sendungen auf Polnisch, Deutsch, Englisch und Spanisch ausstrahlt. Herr Sztark behauptet, dass es ein Kanal der Bekanntmachungen über unser Leben ist. Seiner Meinung nach können wir schon heute in diesem gemeinsamen

Kulturgebiet ähnliche kulturelle Praktiken beobachten. Die EU-Kulturpolitiken sprechen über die Suche nach der Grundlage des gemeinsamen Erbes für die Völker Europas.

Daniel Wacinkiewicz äußerte sich zu dem vom Herrn Sztark berührten und die Integration im Handeln im Kulturgebiet betreffenden Faden, der sich sehr gut an die grenzüberschreitenden Beziehungen anpasst, die Fähigkeit zur Zusammenarbeit und das Vertrauen zeigt und bat den Stadtpräsidenten von Stettin, damit er über andere im Rahmen des EVTZ in der grenzüberschreitenden Dimension entwickelte Bereiche, vor allem aus der Sicht der Stadt.

Piotr Krzystek stellte fest, dass der Schlüssel zur Bestimmung des Bedarfs die Bewusstmachung ist, wozu man den EVTZ berufen will. Es gibt eine Reihe von sprachlichen, mentalen oder gesetzlichen Barrieren, die zwischen den Nachbarn stehen. Der EVTZ ist ein solches Instrument, das mit Hilfe der Fantasie oder den Ideen diese Barrieren in einen Erfolg verwandeln kann. Dank der Erfahrung nach einer fünfzehnjährigen Zusammenarbeit kann man das neue Instrument vorbereiten, richtig nutzen und dann davon profitieren. Jede Euroregion ist anders, hat unterschiedliche Spezifität, unterschiedliche Erfahrungen und Vorschriften. Deshalb braucht man eine Diskussion, einen Kompromiss und einen Konsensus, wie man das machen soll. Je größte die Übereinstimmung bezüglich dieser Formel, desto größer ist das Ergebnis. Am Anfang muss man bestimmen, was am wichtigsten ist, welche Ziele und eventuelle Mittel, die vorkommen. Man muss das wählen, was am wichtigsten ist, was die besten Ergebnisse in der gegenseitigen Kooperation, im Schaffen von Arbeitsplätzen, der Erweiterung der Kultur- und Bildungssphäre gibt.

Herr **Dennis Gutgesell** nannte die potenziellen Gebiete der Zusammenarbeit: Zweisprachigkeit, berufliche Bildung, Umwelt, öffentliche Verkehrsmittel, Tourismus und Erholung. Er wies zugleich auf eine sehr große Dynamik in der Dimension der kulturellen Zusammenarbeit hin. Innerhalb der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sollte man sich auf die aus der Zusammenarbeit im Rahmen des PAPS-Projektes resultierenden Erfahrungen stützen und auf dieser Grundlage wirksame Instrumente der wirtschaftlichen Entwicklung der Region suchen. Herr Gutgesell betonte, dass die wirtschaftliche

Entwicklung der ganzen Region in deutschem Interesse liegt, was auch eine große Bedeutung im Kontext der Öffnung des Arbeitsmarktes für Deutschland hat.

Eine wichtige Aufgabe ist auch die Stärkung der regionalen und auch der europäischen Identität, die schon auf der lokalen Ebene gebildet werden soll.

Im Denken an einen Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) soll man sich nicht nur auf die Verwaltung der EU-Mittel konzentrieren, sondern auf das Instrumentarium, das ermöglicht, etwas für die Region zu tun, sie zu entwickeln. Je näher man an der Grenze wohnt und arbeitet, desto größer sollte das Interesse sein, gemeinsam zu handeln.

Der letzte Hinweis, den Herr **Meulebroucke** gab, betraf die Frage des Verwaltens von Gruppierungen. Man soll hier nicht nach einem Generaldirektor suchen. Herr Meulebroucke, der amtierende „Generaldirektor“ der Eurometropole Lille-Kortrijk-Tournai, arbeitete früher in der Baubranche, er hatte mit der Politik und den Institutionen nichts zu tun. In dieser Zeit lernte er, wie man Technologien koordinieren kann, damit sie in Einklang stünden. Es hat sich herausgestellt, dass das Problem beim Menschen liegt, man muss also dazu führen, dass die Techniker sich miteinander zu unterhalten beginnen. Als Herr Meulebroucke die Stelle des Direktors der Eurometropole Lille-Kortrijk-Tournai angetreten hatte, stellte er fest, dass er kein Generaldirektor sein will. Seine Funktion im EVTZ bezeichnet er lieber als „Generalintegrator“.

Herr **Jose Antonio Ruiz de Casas** äußerte sich zu den Prioritäten der EU-Strategie für das Jahr 2020. In diesem Dokument kann man Rahmen finden, in denen sich alle Tätigkeiten im Bereich der grenzüberschreitenden, interregionalen und transnationalen Zusammenarbeit bilden werden. Die Gründung des EVTZ soll den in dieser Strategie bestimmten Zielen dienen. Eine dieser Prioritäten ist z.B. die soziale Einbeziehung. Heutzutage herrscht ein horizontales Denken. Was in diesem Kontext bedeutet die soziale Einbeziehung? Einerseits kann das eine Aktivierung der Gesellschaft sein. Es kann das auch Probleme älterer Menschen oder die Frage der Immigration betreffen. Alle diese Fragen sind Domäne unterschiedlicher Ministerien. Im EVTZ dagegen kann man gemeinsam diese Probleme lösen. Das erfordert aber eine große Kreativität.

Pascale Simon-Studer äußerte sich zu der früher berührten Frage der kulturellen Zusammenarbeit und betonte, dass die Kultur immer das letzte Element ist, das in der Zusammenarbeit erlischt. Sie spielt zugleich eine sehr große Bedeutung bei der Bildung von Identität und eben deshalb bedürft finanzieller Mittel.

Für die internationale Zusammenarbeit, unabhängig von ihrer Dimension, sind am wichtigsten die Sprachkompetenzen, deshalb soll die Unterstützung der Zweisprachigkeit in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine Priorität in allen Bereichen sein.

Im Kontext der schwierigen Verhandlungen und der Vereinbarung verschiedener mit beliebiger Form der Zusammenarbeit verbundenen Standpunkte darf man nicht vergessen, dass nicht die rechtliche Form, sondern der Inhalt am wichtigsten ist.

DIE PODIUMSDISKUSSION II: DIE EUROREGIONALE DIMENSION DES EVTZ

Irena Stróżyńska fragte nach der Reife für eine vertiefte Zusammenarbeit im Rahmen des neuen Instruments – des EVTZ.

Herr **Heise** äußerte die Bereitschaft der deutschen Partner zur Zusammenarbeit. Er betonte auch, dass zur Besprechung und Vereinbarung eines gemeinsamen Standpunktes dieses Thema in die Tagesordnung des Rates der EUROREGION POMERANIA eingetragen wurde. Des Weiteren regte er an, dass man über viele offene Angelegenheiten ausführlich sprechen muss. Man sollte aber auch Herausforderungen wahrnehmen und einige Fragen kritisch bewerten können.

Herr **Stig Ålund** knüpfte an den Vergleich des EVTZ mit der Ehe an und sagte, dass man in der Ehe nur zu zweit sein kann. Die schwedische Seite kann versuchen, in gewissem Maße an dieser Ehe teilzunehmen, vielleicht gibt sie sich mit der Rolle des Kindes in dieser Familie zufrieden. Herr Ålund erklärte auch, warum Schweden und Schonen während der ganzen Mitgliedszeit in der Euroregion Pomerania nicht besonders aktiv in der Zusammenarbeit waren. Das resultiert u.a. aus den kulturellen Bedingungen. Es gibt auch andere Faktoren, die man in dieser dreiseitigen Zusammenarbeit berücksichtigen soll. Einer von ihnen ist der geographische Faktor. Eine Autofahrt zwischen Stettin und Löcknitz dauert 20 Minuten. Für die Reise von Lund nach Stettin braucht man 14 Stunden. Genauso lange dauert die Reise von Lund nach Löcknitz. Aus diesem Grund ist es nicht einfach sich zu treffen und miteinander zu kommunizieren, wenigstens nicht so oft wie auf der deutschen und polnischen Seite.

Man muss auch eine andere Frage überdenken, die im Kontext der Gründung des EVTZ und der neuen Öffnung für die Euroregion Pomerania erscheint. Es handelt sich um die Sprache solcher Zusammenarbeit. Bisher hat man alle drei Sprachen benutzt, aber es ist eine Tatsache, dass in dieser Situation die Lage der schwedischen Sprache zweitrangig ist. Die Menschen in Europa lernen nur selten Schwedisch, viele dagegen lernen Deutsch, weniger, obwohl sowieso ziemlich viel Menschen lernen Polnisch, und die Polen und Deutschen eine Begründung dazu haben, gegenseitig ihre jeweiligen Sprachen zu lernen, was schon die schwedische Sprache nicht mehr betrifft. In der Region der südlichen Ostsee findet noch eine andere Zusammenarbeit statt – das Programm zur

grenzübergreifenden Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum. Das sind Dänemark, Litauen, Polen, Deutschland und Schweden. Die gemeinsame Sprache ist dort Englisch und es funktioniert sehr gut. Man sollte wenigstens darüber diskutieren, ob es nicht besser wäre, sich dieser Sprache zu bedienen, wenn wir die Zusammenarbeit der drei Partner berücksichtigen. Andernfalls bleiben große Schwierigkeiten mit der Angleichung oder Einbeziehung der schwedischen Seite in diese Zusammenarbeit. In den Beispielen, die man während der Konferenz vorgestellt hat, sieht man einen großen Unterschied. Die Verwendung sowohl der französischen als auch der deutschen Sprache ist dort ganz normal, weil die beiden Sprachen die gleiche Position haben und die Menschen so nah aneinander wohnen, dass sie die Sprache der anderen Seite können. Die Frage der Sprache ist also sehr wichtig.

Herr Ålund wies auf die Zusammenarbeit zwischen Malmö und Stettin hin. Die beiden gleich großen Städte arbeiten seit vielen Jahren zusammen, sie haben ein Zusammenarbeitsabkommen unterschrieben aber es ist bekannt, dass es trotzdem keine täglichen oder mindestens regelmäßigen Kontakte oder gemeinsamen Handlungen zwischen diesen zwei großen Zentren gibt. Eine große symbolische Bedeutung hätte die Intensivierung und größere Regelmäßigkeit in der Zusammenarbeit zwischen Malmö und Stettin.

Herr Ålund äußerte die Hoffnung, dass Schonen weiterhin als Partner in dem zukünftigen EVTZ berücksichtigt wird, weil diese Region selbstverständlich an der weiteren mit der Bildung der Gruppierung verbundenen Arbeit teilnehmen möchte.

Daniel Wacinkiewicz betonte die Bedeutung der Erklärung des schwedischen Partners, der an der Gründung des EVTZ teilnehmen möchte. Seiner Meinung nach sollte man auf die intensive Zusammenarbeit zwischen Malmö und Stettin zurückkommen. Das soll eine symbolische Rückkehr zu den aktiven Handlungen im Rahmen der dreiseitigen Kooperation sein.

Irena Stróżyńska knüpfte an die potenziellen Aufgaben des EVTZ an, die in den vorigen Reden vorgestellt wurden. Diese Aufgaben sind noch den Prozessen der Konsultationen und Evaluationen unterworfen. Aus der Rede des Herrn Bartnik folgt, dass der zukünftige EVTZ auch die Änderungen kontrollieren sollte, die vor allem im deutsch-polnischen Gebiet vorkommen. Es handelt sich hier u.a. um das Initiieren von Projekten und die

gemeinsame Planung der Entwicklung. Bei dem Erreichen dieses Ziels sollte das zukünftige Programm oder Projekte helfen, die zurzeit und im nächsten Zeitraum realisiert werden. Frau Stróżyńska behauptet, dass sich verschiedene Vorstellungen zu diesem Thema abgezeichnet haben. Herr Bartnik erwähnte die Verwaltungsinstitution und das gemeinsame Sekretariat. Herr Heise dagegen konzentrierte sich mehr auf das Gemeinsame Technische Sekretariat. Deshalb erscheint die Frage nach den Erwartungen gegenüber dem EVTZ, das u.a. die Funktion des Gemeinsamen Technischen Sekretariats ausübt.

Peter Heise betonte, dass in einem solchen Rahmen der EVTZ sowohl formale als auch sachliche Funktionen haben wird. Eine der Aufgaben sollte darauf beruhen, was zurzeit das Gemeinsame Technische Sekretariat realisiert. Er soll also eine Vorbereitungsfunktion ausüben.

In den letzten Jahren hat man viel realisiert, aber leider aus objektiven Gründen nicht immer gemeinsam. Das beste Beispiel dafür ist der Fonds für kleine Projekte, wo auf beiden Seiten Menschen eingestellt werden, aber um Festlegungen zu treffen, muss man jedes Mal zu sich fahren, weil Rechtsverordnungen, wie zum Beispiel das Doppelbesteuerungsabkommen äußerst hinderlich sind.

Er betonte nochmals die Notwendigkeit der Diskussion über den zukünftigen Zeitraum, der neuen Förderperiode 2013 bis 2020. Das Ausarbeiten einer gemeinsamen Antwort auf die strategischen Fragen nach der Zukunft der Region ist vom gemeinsamen Interesse. Herr Heise wies darauf hin, dass alle sich vorbereiten und überlegen, was der Gegenstand sein soll, welche Hauptprioritäten und welche Bereiche man als die wichtigsten für die Zukunft der Entwicklung der Grenzregion ansehen soll. Hier gehört auch die Antwort auf die Fragen künftiger Verwaltungsstrukturen für grenzübergreifende Zusammenarbeit hinein.

Die Bedeutung dieser Ausarbeitungen und Analysen mündet darin, dass das, was im Operationellen Programm festgelegt wird, das ist, was der Entwicklung der gemeinsamen Grenzregion dient.

Seiner Meinung nach sollte man während der Diskussion über die Aktualisierung der Strategie in Bezug auf die EUROREGION POMERANIA eine Diskussion über das EVTZ in den Strukturen, die wir für den neuen Zeitraum der neuen Förderperiode brauchen,

einleiten. Es ist notwendig alle Bereiche zu analysieren, die, wo die Unterstützung ausreichend ist und die, wo diese noch fehlt.

Paweł Bartnik betonte, dass die Grundlage des Denkens an das ganze grenzüberschreitende Gebiet die Gemeinschaft ist. Ohne das Gemeinschaftsdenken können angenommene Ziele nicht realisiert werden. Der Meinung des Herrn Bartnik nach hat man im Grenzgebiet während der zwanzigjährigen Zusammenarbeit viel erreicht aber die gegenwärtige Struktur hat schon erloschen. Wir haben eine neue Wirklichkeit und wollen ihr entsprechen. Man kann nicht sicher sein, ob der EVTZ solche Chance bietet aber, seiner Meinung nach, eine bessere Struktur ist, die verursacht, dass die Partner die Verantwortung für dieses ganze Gebiet nehmen. Dafür braucht man Geld. Es ist gut ein Besitzer von Geld zu sein, denn dann ist es einfacher zu planen und zu verwalten. Der Marschall der Woiwodschaft Westpommern, der eine wichtige Rolle im EVTZ spielt, kann gemeinsam mit allen Akteuren die finanziellen Mittel so verwalten, dass die ganze Region sich entwickeln kann.

Irena Stróżyńska betonte die Rolle der Institutionalisierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Das Marschallamt verfügt über die Abteilung für internationale Zusammenarbeit. Die Gemeinden und Landkreise dagegen haben keine entsprechenden Personen, die für die grenzüberschreitende und internationale Zusammenarbeit verantwortlich wären. Der EVTZ bildet also in diesem Kontext eine Chance auf das Strukturieren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Olgierd Geblewicz als Vertreter des Marschallamtes berührte die Frage des deutsch-polnischen Gebiets als einer sich ständig veränderten Wirklichkeit. Diese Richtung lässt sich nicht stoppen. Man soll ihr eher neue Möglichkeiten bieten, damit sie sich weiter entwickelte. Die Formel der Euroregion hat aus verschiedenen Gründen ein bisschen gehemmt. Man braucht also neue Herausforderungen und neue Formeln. Heute kommt es zu einem Zusammenstoßen mit der harten Wirklichkeit, also mit der Praxis. Es beginnt die Zeit, in der man nicht nur zu den Einzelheiten kommt, sondern auch zu den Methoden, die bei dem Erreichen der Ziele helfen und zu der Zeit, die man dafür braucht. Man muss also einige rechtliche Aspekte analysieren. Das ist ein Element der Praxis, das man übertragen soll, um ihm eine Vorstellung zu geben. Die zweite fundamentale Sache ist die

Frage des Pflichtenbereichs. Der erste Bereich ist die Distribution der EU-Mittel im Rahmen der neuen Perspektive. Die erste Frage: soll das gemäß dem Subsidiaritätsprinzip, als dem Hauptprinzip der Europäischen Union geschehen? Die zweite Frage: welchen Bereich anderer Pflichten zuweisen und wo die Subventionierung für sie finden? Man soll überlegen, welches Fragment der Wirklichkeit am Anfang dem EVTZ zugewiesen werden soll, um zu prüfen, ob der EVTZ eine Zukunft vor sich hat.

Daniel Wacinkiewicz stellte die Frage nach weiteren Schritten, die man gegenüber der sich erschöpfenden Euroregion-Formel unternehmen sollte. Eins der Elemente kann die schon erwähnte Arbeitsgruppe sein, die die schon erwähnten Analysen vollziehen soll. Ein anderes Element kann die Methode der Einführung und Zuteilung dem EVTZ einiger Angelegenheiten sein, mit dem Gedanken, dass wenn er sich bewahrheitet, könnte man seine Formel erweitern.

Urszula Berlińska wies auf das sich verändernde Grenzgebiet hin. Ihrer Meinung nach soll man aber überlegen, in welchem Maße es sich verändert hat. In verschiedenen Bereichen wird das nicht kontrolliert. Es fehlt an den Analysen. Man muss analysieren, wie das Grenzgebiet ist, welche Hauptprioritäten es in diesem deutsch-polnisch-schwedischen Dreieck gibt. Erst dann kann man feststellen, ob die Euroregion schon in solchem Maß veraltet ist, dass ein EVTZ gegründet werden soll, oder ob sie gewisse Aufgaben und eine Mission hat, die man fortsetzen muss. Frau Berlińska behauptet, dass diese Analyse am Anfang notwendig ist.

Herr **Jose Antonio Ruiz de Casas** stellte fest, dass jede Person, über die wir sagen können, dass sie ein Visionär ist, auch ein bisschen Wahnsinn in sich hat. Visionärität und Wahnsinn sind in gewissem Maße miteinander verbunden. Wenn wir aber ins Detail gehen – kommt auch die Angst vor. Man soll hier also nicht nur gegen Wahnsinn, sondern auch gegen Angst kämpfen. Er suggerierte, dass man bei der Arbeit an der Lösung dieses Dilemmas sowohl die Vorstellungskraft als auch die Erfahrung nutzen soll. Der EVTZ bietet solche Möglichkeiten. Wie das Beispiel von Lille zeigt, die Erfahrung kann sich als sehr nützlich erweisen. Andererseits muss die Gruppierung nicht nur der grenzüberschreitenden Arbeit dienen. Sie kann auch ein Instrument der territorialen, interregionalen oder internationalen Kooperation werden. Das sind bestimmt die größten

Vorteile, die die Gründung des EVTZ auf dem Gebiet der Euroregion Pomerania bringen könnte.

Irena Stróżyńska stellte den Vertretern der Großregion die Frage nach dem Mehrwert der Verwaltung im EVTZ und den Vereinfachungen, die aus dieser Formel der Zusammenarbeit und Verwaltung resultieren.

Martine Kirchhoff

In Hinsicht auf die kurze Zeit des Bestehens der neuen Struktur ist es schwierig, über konkrete Erfahrungen zu sprechen. Sie betonte aber zugleich, dass die Gründung der neuen Formel auf der Grundlage des europäischen Rechts neue Chancen bietet. Eine große Herausforderung in dieser Zusammenarbeit bleibt weiterhin der Mangel an homogenen rechtlichen Regeln in Bezug auf die Beschäftigung neuer Mitarbeiter.

Dr. Martin Niedermeyer warnte gleichwohl vor der simplen Annahme, dass die Gründung eines EVTZ automatisch zu mehr EU-Unterstützung führe; auch wenn ein EVTZ die territoriale Kohäsion fördere, sei damit nicht zwangsläufig eine finanzielle Dotierung der EU (z.B. INTERREG) verknüpft.

Das Denken in europäischen Kategorien sollte seiner Meinung nach nicht nur auf die Einwerbung europäischer Fördermittel abstellen, sondern unter Berücksichtigung der eigenen historischen Erfahrungen auch die Entwicklung eigener regionaler Entwicklungskonzepte sowie die Förderung der regionalen Handlungskompetenzen avisieren.

Auf dem Gebiet der Großregion gibt es heute bereits die größte Zahl und Konzentration von EVTZ in einer europäischen Grenzregion; sie operieren gemeinsam erfolgreich, weil sie einerseits konkrete Projekte und Vorhaben verfolgen, und andererseits versuchen, gemeinsame politische Vereinbarungen zur Stärkung der Verbindlichkeit treffen. Ein Vorteil ist, dass der EVTZ eine Möglichkeit bietet, vereinbarte Ideen mit Hilfe eines belastbaren Rechtsinstruments zu realisieren.

Im Hinblick auf die Zukunft der Regionen Europas sei vor allem das Subsidiaritätsprinzip in Bezug auf den Vertrag von Lissabon und dessen Realisierung auf der regionalen Ebene bedeutsam. Wichtig ist zugleich die Fähigkeit der Nutzung der verfügbaren Instrumente der Zusammenarbeit.

Er betonte, dass auch die verstärkte Einbeziehung der Zivilgesellschaft in verschiedenen Formen der Zusammenarbeit wichtig sei. Ihre Beteiligung kann bei der Überwindung bestehender mentaler Barrieren in Grenzräumen und der EU helfen. Auch dies sei schließlich ein nicht unerheblicher Beitrag zu mehr territorialer Kohäsion für Europa.

Sich auf die Aussage von Herrn Niedermeyer beziehend unterstrich Herr **Przemysław Gembiak**, dass die gemeinsamen Gespräche der Partner, der Erfahrungsaustausch, die gegenseitige Unterstützung eine Wirklichkeit bilden, um welche es sich in der EU handelt. Es sind eben die Prinzipien, die das Funktionieren in der EU überhaupt gestalten sollen. Wenn man nach den Prinzipien der Solidarität und Hilfsbereitschaft handelt, kann man die genannten Ziele erreichen. Herr Gembiak ist der Meinung, dass es schon eine Reihe Sachen gibt, die realisiert werden können. Eine wichtige Frage ist es, darüber nachzudenken, welchen Nutzen für die lokale Gesellschaft daraus resultiert. Dem EVTZ soll das Prinzip der organischen Arbeit zu Grunde liegen.

Es empfiehlt es sich darüber nachzudenken, welchen Sinn die Gründung der Makroregionen hat. Die makroregionalen EU-Strategien werden an die Mitgliedstaaten gerichtet, und nicht an die regionalen Regierungen.

Was den Begriff "grenzüberschreitend" angeht, bedeutet er nicht allein die Zusammenarbeit in der direkten Nachbarschaft auf den Grenzgebieten. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist etwas, was die Grenzen überschreitet / über die Grenzen hinaus geht.

Daniel Wacinkiewicz wies zum Abschluss der Konferenz darauf hin, dass alle Partner ihren Sinn und ihre Richtigkeit wahrnehmen. Das Treffen und die Diskussionen, die mit der Frage nach der Rolle, nach der Richtigkeit des EVTZ als eines Instruments zur Realisierung der engen grenzüberschreitenden Kooperation begonnen wurden, bestätigten, dass der EVTZ nicht unerlässlich ist. Diese Perspektive ist bequem, denn sie bedeutet, dass das eine Alternative ist. Eine Alternative, die aus der Sicht dessen bedenklich wird, ob die bestehenden Institutionen, wie z.B. die Euroregion Pomerania, ihre Formel schon erschöpft haben. Wenn nicht, erlaubt die Komplementarität, als ein Merkmal des EVTZ, die beiden Institutionen zu behalten aber zugleich ihnen unterschiedliche Aufgaben zum Erfüllen zuzuweisen. Als das Schlüsselement soll man das Vertrauen

hervorheben. Außer der Lust, etwas gemeinsam zu machen, verbindet das Vertrauen die grenzüberschreitenden Tätigkeiten und auf diese Weise das Streben nach dem Erreichen des Effekts einer echten Synergie. Das ist auch eine große Chance darauf, dass Probleme und Barrieren ihre Lösung in der neuen Formel des EVTZ finden. Es gibt viele Argumente dafür, Tätigkeiten zu beginnen, die auf der Idee der Rechtssubjektivität, Solidarität und Subsidiarität beruhen. Man soll auf solche Weise handeln, um nicht zu vergessen, dass der EVTZ nie ein vollkommenes Instrument sein wird. Alles ist von diesen Menschen abhängig, die mit dem Sinn die Rahmen erfüllen, die aufgrund der Vorschriften, Konventionen und der Satzung gebildet wurden.

Man hat viele Beispiele dafür gegeben, womit sich der EVTZ beschäftigen könnte und welche Schritte man unternehmen soll, um diese Formel ins Leben zu rufen. Die Vielfalt der Fäden, Vorschläge und Beispiele erfordert eine Reflexion.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 1082/2006 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES
RATES vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Verbund für territoriale
Zusammenarbeit (EVTZ)**